

Breslauer



Beitrag.

N. 40.

Sonntag den 9. Februar

1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 6. Febr., Abends 8 Uhr. Nach den Bureau-Abstimmlingen erwartet man die Verwerfung der Dotation mit 372 gegen 241 Stimmen. Der Präsident der Commission für die Dotation ist Mornay, der Sekretär Drouot de Baug, der wahrscheinliche Berichterstatter Combarel. Der Bericht wird wohl nächsten Montag abgestimmt werden, und vermuthet man keine große Diskussion. Breton beabsichtigt ein Amendement einzubringen, nach welchem eine Nationalsubskription anmänglich gemacht würde. Im Elysee will man sich, falls das Resultat schwach, jedenfalls die Desavouirung vorbehalten.

Paris, 6. Februar, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 95. 5% 96, 55.

Stettin, 7. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 32, pr. Frühjahr 32 Geld. Rüböl 9 1/2, Geld, pr. Frühjahr 9 3/4, pr. Herbst 10 1/8 bezahlt. Spiritus 24 1/2, pr. Frühjahr 23 3/4, Geld.

Hamburg, 7. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Berlin-Hamburg 89 1/2. Köln-Minden 97 1/2. Magdeburg-Wittenberge 54. — Getreide flau. — Del. flau, pr. Mai 21 3/4, pr. Okt. 21 1/2 zu haben. — Kaffee 4 3/8, gemacht. Zint, 1500 Ctr. pr. Frühjahr 9 1/2.

Frankfurt a. M., 7. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 37 1/2. 4 1/2 pCt. Metalliques 66 1/2. 5 pCt. Metalliques 75 1/2. Bankaktion 1114. Loose 153, 92 1/2. Spanier 33 3/16. Badische Loose 32 1/2. Kurfürstliche Loose 31 1/2. Wien 93. Lombardische Anleihe 73 3/4. (Const. Stg.)

Uebersicht.

Breslau, 8. Februar. Die erste Kammer setzte in ihrer gestrigen Sitzung die Beratung über die Verordnung vom 2. Januar 1849 fort. — In der zweiten Kammer brachte der Abgeordnete v. Binde gestern den Antrag ein: „einen Auspruch von 28 Mitgliedern zur Unterzeichnung der Lage des Landes einzufügen.“ Es entsteht eine Debatte, ob der Antrag in die Abtheilungen oder an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll. Die Kammer beschließt, den Binde'schen Antrag an die Abtheilungen zu verweisen. — Der revidirte Gesetzentwurf, betreffend die Verantwortlichkeit der Minister, wird in dieser Sitzung genehmigt. — Eine andere Debatte entspinnt sich über die Petition des aus Berlin ausgewiesenen Schriftstellers C. D. Hoffmann, worin derselbe bitter: „die Kammer möge dem königl. Ministerium aufgeben: a) ihn in Berlin leben zu lassen, b) einen Verlust von 350–400 Thalern, den er an Arbeitsbedienstet erlitten, ihm zu erstatten.“ Die Kommission beantragte motivirte Tagesordnung; der Abg. v. Binde hingegen, „die Petition des Schriftstellers Hoffmann dem Ministerium des Innern mit dringender Empfehlung zu überweisen, den in Rede stehenden Gegenstand endlich einer gesetzlichen Regelung zu unterwerfen.“ — Die von der Kommission vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit 145 gegen 114 Stimmen verworfen, und das Binde'sche Amendement angenommen.

Unter „Berlin“ stellen wir die Motive des am Eingange erwähnten Binde'schen Antrages mit.

Die Ernennung des Grafen Arnim zum Gesandten in Wien soll in den nächsten Tagen erfolgen.

In Dresden ist die erste Kommission endlich über einen Bericht an die Plenarversammlung einig geworden. Der Bericht empfiehlt einfach die von Preußen und Oesterreich vorgeschlagenen Änderungen in der Stimmenzahl im engeren Rathe, ohne daß jedoch die Bevollmächtigten dadurch irgendwie als gebunden zu betrachten wären. Die zweite Kommission hat sich noch nicht über einen Bericht verständigt können; sie hat zwei Subkommissionen ernannt, um die Spezialfragen zu untersuchen. In der dritten Kommission hat am 5. d. eine Sitzung stattgefunden.

In Mecklenburg-Schwerin sind bereits in Folge der Verordnung vom 27. v. Mts. über das Vereins- und Versammlungsrecht mehrere Vereine aufgelöst worden. — Das österr. Reichs-Exekutions-Korps rückt immer tiefer ins Land hinein und wird allmählig über das ganze platte Land ausgebreitet werden müssen, damit die von der Einquartierung Betroffenen, insbesondere die kleinen Landwirthe, nicht ganz davon erdrückt werden.

Auch in Lübeck wird über die Last der Einquartierung geklagt.

Die „berühmte Civilschöpfung“ für Pöhlstein hat das erste Lebenszeichen von sich gegeben, indem sie über die Vertheilung der Geschäfte unter die „Departements“ eine Rundzettelung erlassen. Dem Obristleutnant Seweloh ist außerdem das Kriegs-Departement übertragen.

Unter „Großbritanien“ geben wir den Text der Thronrede, mit welcher die Königin am 4. des Parlament eröffnet hat. Bei ihrer Ein- und Rückfahrt wurde sie von einer gewaltigen Menschenmasse, die sich viel zahlreicher als bei früheren Gelegenheiten eingefunden hatte, mit lauten Hurrah-Geschrei begrüßt. Nicht allein das schöne Wetter hatte die große Menge hinausgelockt, es galt auch in einem so bedeutenden Augenblicke eine Demonstration abzulegen, und das höchste Oberhaupt des Staats durch freudiges Beifallrufen zu der wichtigen Erklärung, die in Betreff des Angriffs der römischen Kirche zu erwarten stand, gleichsam anzufragen. Die Königin hat darauf in ihrer Rede gesagt: Die Rechte der Krone und die Unabhängigkeit der Nation sollen gegen die Annahme einer auswärtigen Macht gewahrt, zu gleicher Zeit aber auch dem Volke das kostbare Gut der Religionsfreiheit unverkürzt erhalten werden.

Die Nat.-Versammlung in Paris hat am 5. die Dotations-Kommission gewählt; 13 Mitglieder derselben sind dotationslos und nur 2 sind für die Bewilligung der Dotation. Es unterliegt nunmehr keinem Zweifel, daß der Antrag von der Versammlung verworfen werden wird.

Unter Wiener Korrespondent meldet, daß bedeutende russische Truppenmassen in Böhmen, Pöhlstein und nächst Warschau zusammengezogen werden. — In den letzten Tagen haben in Wien häufige Verhandlungen wegen des Tragens politischer Abzeichen stattgefunden.

Breslau, 8. Februar.

Die meisten preussischen Zeitungen haben den 6. Februar, den Jahrestag des Verfassungsgesetzes, mit Festbetachtungen eingeleitet, deren Förmigkeit nach den verschiedenen Richtungen der Blätter freilich sehr verschieden war.

Wir haben jenen Tag ohne äußere Auszeichnung vorübergehen lassen, wie er denn auch in den Kreisen der Staats-

männer, so wie des Volkes still und geräuschlos vorübergegangen ist.

Zu einem Freuden- und Triumphtage wollten uns die Worte nicht so recht frisch und frei aus dem Herzen quellen. Der Kampf für die Erhaltung, Ausführung und gewissenhafte Beobachtung der Verfassung aber ist für uns nicht bloß eine vereinzelte festliche Handlung, sondern recht eigentlich unser gewöhnliches Tagewerk.

Nachdem aber die Deutsche Reform die Entdeckung gemacht hat, daß die Wiederkehr jenes Tages „eine beschämende Bedeutung für diejenigen habe, welche nicht aufhören, durch Wort und That zu verkünden, daß der verfassungsmäßigen Entwicklung unseres Staatslebens, daß den Rechten und Freiheiten der Nation erste Gefahren drohen“ — könnte unser Stillstehen als ein Schuldbekentniß und als die erste Wirkung jener Beschämung ausgelegt werden. Darum mag hier nachträglich ein offenes Wort seine Stelle finden.

Wir bekennen es gern, daß wir, wenn wir uns auch nicht schuldig fühlen, doch hin und wieder zu jenen Beschuldigten gehört haben, die der verfassungsmäßigen Entwicklung unseres Staatslebens nicht immer mit harmloser Zuversicht entgegen sahen. — Aber wir fühlen auch heute noch nicht die leiseste Anwandlung von Scham darüber.

Welches ist denn die große beschämende Thatsache des 6. Februar 1851?

Die Verfassung vom 31. Januar steht noch heute in unserer Gesetzsammlung. Und das sollte uns beschämen, daß das beschworene Grundgesetz des Landes nicht schon binnen Jahresfrist zerfallen worden?

Wir haben eine so unerhörte Befürchtung niemals ausgesprochen, niemals auch nur ahnen lassen. Nur die verfassungsmäßige Entwicklung unseres Staatslebens, nur der ungeschmälerte praktische Bestand unserer Rechte und Freiheiten ist uns zeitweise ein Gegenstand des Zweifels und der Besorgniß geworden. Diese Entwicklung aber kann gehemmt werden, ohne daß die Verfassung zerfallen oder auch nur im strengsten Sinne gebrochen wird, diese Rechte und Freiheiten können geschmälert und verkrüppelt werden, ohne daß man sie förmlich aufzuheben braucht. Der 6. Februar würde nur dann beschämende Erinnerungen für uns erwecken, wenn er eine Widerlegung der Thatsachen enthielte, aus denen unsere Zweifel hervorgingen.

Wir vermessen diese Wiederlegung am Schlusse des ersten Verfassungsjahres noch ebenso, wie wir sie im Laufe desselben vermessen haben, wir halten demnach unsere Zweifel — welche die Zukunft widerlegen möge — auch heute noch für gerechtfertigt.

Die Auslegung der Verfassung durch das Ministerium und die Haltung der Freunde und Vertrauten desselben der Verfassung gegenüber, das waren und sind für uns die Prüfsteine unserer Hoffnungen und unserer Zweifel.

Wohlfachern wichtigen und folgenschweren Regierungshandlungen haben wir unsere verfassungsmäßigen Bedenken gegenüber gestellt. Ausgehend von der legalen Vermuthung, daß die Regierung dabei in ihrem verfassungsmäßigen Rechte zu handeln geglaubt, mußten wir zu dem wahrlich nicht sehr beruhigenden Schlusse kommen, daß ihre Auslegung das verfassungsmäßige Leben nach einer Richtung hindrängt, welche der Ausdehnung der Regierungsbefugnisse fast immer vortheilhaft, der hingebenden Verwirklichung verfassungsmäßiger Rechte des Landes und der Kammer durchgängig ungünstig ist.

Die Dekretirung der Presfordernanz vom 6. Juni, deren verfassungsmäßige Voraussetzung unserm Verständnis unzugänglich geblieben ist, der einseitige System-Wechsel im November ohne jede Rücksicht auf die Kammer, ja trotz der Kammer, die fortgesetzte Verwendung von Staatsmitteln ohne die Genehmigung der Kammer und ohne den geringsten Versuch, diese Genehmigung zu erwirken, die Weigerung, über jene durchgreifende Dekretirung des 5. Juni beiden Kammer sofort die verfassungsmäßige Rechenschaft abzulegen, die neueste Verschärfung in der Ausführung jener Verordnung Angesichts der Kammer, deren einer man die Möglichkeit entzogen hat, durch ihr Votum die ganze Verordnung sofort zu beseitigen, die Beschränkung der persönlichen Freiheit durch Ausweisungen, deren Rechtsgrund Niemand kennt: das und noch vieles Andere sind die Thatsachen, welche unsere Hoffnungen auf eine Beförderung der verfassungsmäßigen Entwicklung durch die Regierung herabgestimmt haben. Der von der Regierung vorgelagerte Pressekentwurf aber legt uns Zeugnis ab für eine solche gouvernementale Auffassung des wichtigsten aller Grundrechte, welche in unsern Augen einer Negation des Rechtes selbst gleichkömmt.

Wir wollen und müssen voraussetzen, daß die Regierung bei allen diesen Dingen nach ihrer Auslegung der Verfassung verfassungsmäßig zu handeln geglaubt hat. Dann aber wird man uns wenigstens zugestehen müssen, daß diese Auslegungswiese unsern Ansprüchen an eine Entwicklung im Geiste und nach dem Buchstaben der Verfassung gar wenige Ausichten auf Befriedigung bietet.

Um es offen und klar auszusprechen: wir haben der Handlungsweise der Regierung zwar das Bestreben nicht abprechen können, dem Buchstaben der Verfassung in ihrer engsten Auslegung gerecht zu werden, aber wir haben die hingebende Liebe an den Geist derselben vermisst. Wir haben den Eindruck gehabt, als ob man dem Gebote der Verfassung als einer barten, unabweislichen Nothwendigkeit, soweit man muß, sich unterwerfe, die Beschränkung durch denselben als lästige Fesseln habe, aber das verfassungsmäßige Regiment nicht als einen willkommenen Beruf freudig äße.

Der 6. Februar hat von allen diesen Thatsachen keine einzige beseitigt oder in befriedigender Weise aufgeklärt. So wird denn auch die Thatsache des Fortbestandes der Verfassung mit den Zweifeln an einer kräftigen verfassungsmäßigen Entwicklung trotz des 6. Februar vereinbar bleiben, und dieser Tag denjenigen keine Beschämung bereiten können, welche in den Buchstaben einer Verfassung allein das verfassungsmäßige Leben noch nicht gesichert sehen.

Schlimmer noch steht es mit der uns angenommenen Zuversicht auf die verfassungsmäßige Entwicklung unseres Staates, wenn wir, von dem Ministerium absehend, die Haltung seiner Freunde beobachten.

Ist es Zufall oder Absicht, daß die deutsche Reform in ihrem Leitartikel zum 6. Februar nur diejenigen Stellen der königlichen Rede von jenem Tage anföhrt, welche die gegenwärtigen Freunde des Ministeriums wiederholt als eine Bedingung dargestellt haben, unter denen der königliche Schwur geleistet worden, die direkten, klaren Worte des Eides aber übergeht?

Ist es so sehr beschämend für die Zweifler, daß wenige Tage vor dem 6. Februar der Wortführer derjenigen Partei, welche gegenwärtig allein noch als die ministerielle betrachtet werden kann, seine Rede gegen die Ministerverantwortlichkeit hielt, eine Rede, zu deren Widerlegung kein Minister auch nur eine Syllabe in Bereitschaft hatte? Oder sollen wir etwa auch die Grundzüge, welche der Graf v. Arnim in der Sitzung vom 3. Februar entwickelte, als eine Bürgschaft für unsere verfassungsmäßige Entwicklung hinnehmen?

Dem Ministerium wollen wir den Willen, die Verfassung zu beobachten, nicht absprechen. Das Verfahren aber, welches seine Freunde in den Kammer einschlugen, ist nur geeignet, die Verfassung zu untergraben. Was diese an ihr schätzen oder zu schätzen vorgeben, die ständische Mitwirkung des Landes an der Gesetzgebung, ist grade das, was in der Verfassung nicht enthalten ist, was ihr zuwiderläuft. Was sie aber als veraltete Doktrin, als revolutionäre Auswüchse aus derselben entfernen wollen, die Vertretung des Volkes, nicht der Stände, die Sicherstellung der Volkswelt, ist eben das Wesen der Verfassung, ist die Verfassung selbst. Ein Krieg gegen alle Grundlagen der Verfassung und die gleichzeitige Behauptung der Achtung vor derselben ist nichts, als ein Spiel mit Worten, welches nachgerade Niemanden mehr zu täuschen vermag, der nicht selbst die Täuschung will.

Man durchblättere die Verhandlungen über die Revision der Verfassung, man rufe die Debatten über die wichtigsten durch die Verfassung gebotenen Gesetze sich zurück, man prüfe die Abstimmungen: und dann sage man diejenigen verfassungsmäßigen Rechte heraus, gegen welche die Partei, die sich als ministerielle geriet, nicht gestimmt hat, dann stelle man diejenigen Bestimmungen zusammen, welche mit ihrer Zustimmung zu Stande gekommen sind und nicht nachträglich von ihr angegriffen wurden. Wenn das so gewonnene Resultat noch eine Verfassung zu heißen verdient, wenn noch Rechte und Freiheiten der Nation übrig bleiben, über welche jene Partei nicht das Verdikt ausgesprochen, so wollen wir gern die Beschämung hinnehmen, welche das ministerielle Wort uns durch den Hinweis auf den 6. Februar zu bereiten glaubt.

Wenn sich aber herausstellen sollte, daß die Erhaltung und Verwirklichung der Verfassung in den Augen der jetzigen ministeriellen Partei die Zurückführung derselben auf den feudalistischen Boden bedeutet, so mögen uns wenigstens die „Freunde“ des Ministeriums nicht zumuthen, aus ihrer Verfassungsliebe Vertrauen und Zuversicht herzuleiten.

Das Ministerium selbst aber hat es in seiner Hand, uns die Beschämung zu Theil werden zu lassen, die wir bei seinen Freunden als dreifache Annahmung zurückweisen müssen. Es darf nur mit derselben Entschiedenheit ihren unkonstitutionellen Angriffen auf die Verfassung, ihren sophistischen Auslegungen derselben entgegenzutreten, mit welcher es bis jetzt dazu geschwiegen hat, und Niemand mehr wird aus den mittelalterlichen Phantastien der Kreuzritter erste Befolgung für die „verfassungsmäßige Entwicklung unseres Staatslebens“ und die „Rechte und Freiheiten der Nation“ schöpfen.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer.

Siebenzehnte Sitzung vom 7. Februar.

Präsident Graf Rittberg.

Tagesordnung: 1) Antrag des Abgeordneten Dr. Klee.

2) Fortsetzung der Beratung über die Justiz-Organisations-Verordnung vom 2. Januar 1849.

Die Sitzung wird um 10 1/2 Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank die Herren v. Rabe, Simons, v. Westphalen und Regierungskommissar v. Hagen.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Präsident macht hierauf einige persönliche Mittheilungen. Herr v. Leoq hat wegen seiner Ernennung zum Unterstaatssekretär sein Mandat niedergelegt und wird deshalb eine Neuwahl angeordnet werden. In der Kommission für das Gesetz wegen Einführung der preussischen Gesetze in den Fürstenthümern Hohenzollern ist Fürst Reuß zum Vorsitzenden gewählt.

Hierauf kommt der Antrag des Abg. Klee zur Verlesung. Derselbe lautet:

„Die Kammer wolle beschließen, an die königl. Staats-Regierung den Antrag zu richten, baldigst einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die Uebernahme des Baues der Eisenbahn von Posen nach Breslau auf Kosten des Staates ausgesprochen und die unverzügliche Ausführung des Baues angeordnet wird.“

Der Antrag wird ausreichend unterstützt und geht an eine Kommission.

Die Kammer geht hierauf in der Beratung der Verordnung vom 2. Januar 1849 weiter. Als Berichterstatter fungirt heute in Vertretung des Abg. Bergmann der Abg. Goldammer. — Die Diskussion über § 4 wird eröffnet. Amendements dazu sind von v. Kette, v. Gerlach und v. Tepper gestellt.

v. Sander spricht für den Kommissionsantrag, indem er zunächst die scharfe Stellung der Privatrichter zu den Gutsbesitzern hervorhebt. Die Mehrzahl der Patrimonialrichter habe gewiß anerkannt, daß die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit eine notwendige Folge der Gesetzgebung von 1807 gewesen sei, nicht dieser Nothwendigkeit gegenüber der Staat durch den § 4 der Verordnung nach Kräften für die Privatrichter gesorgt habe.

Graf Helldorf für das Amendement Kette, welches den Uebergang der Privatrichter in den Staatsdienst und ihre anderweitige Beschäftigung spezieller und präziser feststelle.

An der weitesten Diskussion betheiligen sich v. zur Mühlen, von Wibleben und Bode für den Kommissionsantrag, Zander, Schnaase, v. Tepper, v. Sebel für verschiedene Amendements. von Gerlach spricht für sein Amendement und protestirt dabei

gegen die Bezeichnung „Privatrichter“, welche den Patrimonialrichtern gegeben werde, lediglich weil sie nicht von der Staatsgewalt eingesetzt seien. Ebenso könne man dann auch die Kammer Privatrichter nennen, weil dieselben von den Wählern, nicht vom Staate ernannt würden. Er zweifelt nicht, daß, wenn die Kammer mit recht großer Majorität sein Amendement annehme, dasselbe in der andern Kammer bei der Berathung des Budgets Berücksichtigung finden werde.

Justizminister Simons meint, daß die Gesetzgebung nur allgemeine Grundzüge in Betreff der bisherigen Patrimonial-Richter aufzustellen habe, und daß die spezielle Regulirung dieser Verhältnisse der Verwaltung zu überlassen sei. Der Minister widersetzt sodann den Einwand, daß die von der Regierung bei der Verfassung von Patrimonialrichtern gemachten Vorbehalte rechtlich unzulässig gewesen seien. Die den bisherigen Patrimonialrichtern angebotenen Vortheile, durch Uebertritt in den Staatsdienst, Pensionirung u. s. w. seien als ausreichend zu betrachten. Sollten bei der Budgetberatung statt der verlangten 9000 Thlr. 10 oder 12,000 Thlr. bewilligt werden, so würde er dies als etwas sehr Willkommenes betrachten, weil dadurch die Verwaltung in den Stand gesetzt würde, mehr als jetzt, den betreffenden in Hilfe zu kommen, auf dem Wege von Amendements zum vorliegenden Gesetze lasse sich dies aber nicht bewirken. Der Minister empfiehlt schließlich die unveränderte Annahme des § 4. Der Schluß der Debatte wird hiernach herbeigeführt. Der Berichterstatter erhält noch das Wort und erklärt sich gegen alle Amendements.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten.

Das Amendement v. Gerlach wird verworfen. Ueber das Amendement von Kette wird die namentliche Abstimmung verlangt. Dasselbe lautet:

Die Kammer wolle beschließen, im ersten Alinea statt der daselbst vorgeschlagenen Festsatzung die folgende Bestimmung zu treffen: Die bei den aufgehobenen Privatgerichten lebenslanglich angestellten Richter, deren Anstellungen- oder Vertrags-Urkunden von der vorgesetzten Behörde bestätigt sind, und welche dieses ihr Richteramt nicht als Nebenamt neben einem ihnen schon übertragenen Staatsamte übernommen haben, werden im Staatsdienste mit demjenigen Einkommen, welches ihnen nach Maßgabe ihres Dienstalters und der Staats-Verhältnisse in der Reihe der übrigen Untergerichts-Justizbeamten bei den neu eingerichteten Justiz-Verörden gewährt werden kann, und mit der im § 7 näher bestimmten Aufsicht auf Pension wieder angestellt. Es wird ihnen jedoch die Hälfte des Unterschiedes zwischen dem ihnen hiernach zu gewährenden Dienstfeinkommen und demjenigen Einkommen, welches sie in ihrem früheren Verhältnisse als Patrimonialrichter als wirkliches Gehalt und nicht als Dienstauspacht-Entschädigung nach vorgedachten Urkunden bezogen haben, auf so lange als persönliche, einem Pensions-Abzuge nicht unterworfenen Zulage bewilligt, als jener Unterschied nicht durch spätere Beförderung ausgeglichen wird. Dasselbe wird mit 57 gegen 55 Stimmen angenommen.

Der Justizminister empfiehlt, da die Verordnung bereits 2 Jahre in Kraft sei, dies Amendement als einen Zusatz zu § 4 zu revidiren.

§ 4, 5 und 6 betreffen die Anstellung der Subalternbeamten, welche Privatgerichten angehörten, im Staatsdienste und werden unverändert angenommen.

§ 8 bestimmt, daß das Verhältniß der Städte in denjenigen Provinzen, in denen bereits früher königliche Gerichte an Stelle der städtischen getreten sind, bis zu dessen anderweiter Regulirung durch die gegenwärtige Verordnung keine Veränderung erleiden soll.

Der Abg. Goldammer empfiehlt folgendes Amendement: Zu § 8 hinzuzufügen: Den Städten steht wegen der seit dem 1. April 1849 getragenen und eintheilten ferner zu tragenden Kosten der Kriminal-Gerichtsbarkeit bei Regulirung der Steuer-Verfassung (Art. 100 der Verfassung), insbesondere der Grundsteuer ein Anspruch auf Befreiung und Ausgleichung zu.

Eventuell: Die bisher bestandene Verpflichtung der Städte zu den Kosten der Kriminal-Gerichtsbarkeit soll bei der Regulirung der Steuer-Verfassung, insbesonere der Grundsteuer, aufgehoben werden.

Der Abg. Kisker erklärt sich gegen diesen Verbesserungs-Antrag. Eben so der Abg. Wächter, welcher aus Gründen der Gerechtigkeit und Moral die Streichung des § 8 empfiehlt.

Der Abg. Kühne ist für unveränderte Annahme des § 8, welche auch von der Kommission vorgeschlagen ist.

Der Justizminister theilt mit, daß die Nebenausgabe, die dem Staate durch die genannte Bestimmung entsteht, 129,785 Thaler beträgt. Für die Justizverwaltung kann die Streichung des Paragraphen nicht von Bedeutung sein, da, wenn die Städte die Kosten nicht tragen, diese von dem ganzen Lande aufgebracht werden müssen.

Der Abg. Müwes trägt darauf an, § 8 zu streichen. Ein Antrag denselben Abgeordneten auf namentliche Abstimmung wird nicht unterstützt.

§ 8 wird angenommen. Der erste Antrag des Abgeordneten Goldammer wird abgelehnt; dessen eventueller Antrag wird angenommen.

Der Abgeordnete v. d. Osten erhält Urlaub.

Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr.

Zweite Kammer.

19te Sitzung vom 7. Februar.

Präsident: Graf Schwerin.

Tagesordnung: 1) Nothmahlige Abstimmung über die Wahlgese für die hohenzollernschen Fürstenthümer. 2) Desgleichen über das revidirte Gesetz, betreffend die Verantwortlichkeit der Minister. 3) Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Bestimmung des § 4 des Reglements für die allgemeine Wittwen-Verpflegungsanstalt vom 28. Dez. 1775. 4) Bericht der Geschäfts-Kommission über den Antrag des Abg. Liebahn vom 17. Nov. v. J. 5) und 6) Erster und zweiter Bericht der Petitions-Kommission.

Die Sitzung wird um 12 1/2 Uhr eröffnet. Am Ministerisch die Herren v. Mantuffel, v. Klabe, v. Raumer.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und angenommen. Einige Urlaubsgesuche werden bewilligt. Der Präsident macht die Namen der für die Kommission zur Bearbeitung des Antrags des Abg. Frenner gewählten Mitglieder bekannt. Von dem Abg. v. Winkler ist der Antrag eingebracht: Die Kammer wolle beschließen, einen Ausschuss von 28 Mitgliedern zur Untersuchung der Lage des Landes einzusetzen.

Graf Schwerin bemerkt, daß die Alternative offen stehe, den Antrag an die Abtheilungen oder an eine besondere Kommission zur Vorberatung zu verweisen. Abg. v. Winkler macht geltend, daß es bisher Usus gewesen, nie von dieser Alternative Gebrauch zu machen, es seien stets besondere Kommissionen für dergleichen Anträge ernannt, wie neuerdings für den von Fröner.

Abg. v. Schlottheim verlangt, daß die Vorfrage, ob eine Kommission zu ernennen, durch die Abtheilungen entschieden werde. Abg. v. Bodelschwingh (Hagen) will die Verweisung an die Abtheilungen, weil der Antrag von einer Wichtigkeit sei, wie kaum je ein anderer, der in der Kammer vorgebracht, und daß der Kammer in ihrer Totalität Anlaß gegeben werde, sich vollständig davon zu überzeugen, welches die Lage des Landes sei.

Der vom Abg. v. Winkler eingereichte Antrag der Ueberweisung seines obigen Antrags an eine Kommission wird verworfen. Der Antrag v. Winkler geht mithin in die Abtheilungen.

Nach Erleugung einiger Wahlsprüngen, wobei auch die früher beantragte Wahl des Abg. v. Bedlich für gültig erklärt wird, schreitet die Kammer zur Tagesordnung.

Die Gesetzentwürfe, betreffend die Kammerwahlen in den Fürstenthümern Hohenzollern, werden nach nochmaliger Lesung als Ganzes angenommen.

Die nochmalige Abstimmung über das Ganze des Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister erfolgt sodann und wird dasselbe mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf schreitet die Kammer zu dem Bericht der Kommission für Finanzen und Rölle über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Bestimmung des § 4 des Reglements für die allgemeine Wittwen-Verpflegung: Anlaß vom 28. Dezember 1775, wegen Ausschließung der Militärbedienten in Kriegzeiten. Da Niemand sich zum Worte meldet, wird der Antrag der Kommission, dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu ertheilen, ohne Debatte angenommen. Der demnächst zur Beratung kommende Antrag v. Wiebahn's lautet, den § 9 der Geschäftsordnung folgendermaßen zu fassen:

Der Präsident und die Vice-Präsidenten werden das erste Mal auf vier Wochen, dann aber für die übrige Dauer der Legislaturperiode gewählt.

Abg. Keller erachtet dafür, daß der Antrag das Glied eines größeren Ganzen sei und von Wichtigkeit und Tragweite für die Institutionen der Kammer. Die Stellung des Präsidenten sei großer Verwollkommnung fähig und werde dieselbe hofentlich mit der Zeit erreicht werden. Dazu gehöre das Requirat der Wahl für die Dauer der Legislaturperiode, dazu gehöre, daß der Präsident der Diskussion und Meinungsverschiedenheit in der Kammer entzogen werde. Die Zeit dafür sei noch nicht gekommen.

Nach einer kurzen Gegenbemerkung des Abg. Bessler und des Referenten Abg. Simons wird der Antrag der Kommission angenommen: die Lesung der beiden Wörter „und zweite“ am Schlusse der ersten Linie im § 9 der Geschäftsordnung zu genehmigen.

Den zweiten Theil des Antrages, welcher dahin geht: daß das Präsidium in zweiter Wahl für die übrige Dauer der Legislaturperiode gewählt werden möge zu verwerfen.

Die Kammer geht hierauf zu dem ersten von der Petitions-Kommission erstatteten Bericht über.

Eine Petition des Schriftstellers E. D. Hoffmann, über welche die Kommission den Uebergang zur Tagesordnung beantragt hatte, führt den Abg. v. Winkler auf die Tribüne.

Der Kommissionsbericht sagt nämlich über das Sachverhältniß:

„Der Schriftsteller E. D. Hoffmann zu Lissa, Kreis Neumarkt, beauptet, Anfangs des vergangenen Jahres, weil er angeblich im demokratischen Sinne gewirkt und geschrieben habe, von dem königlichen Polizeipräsidium aus Berlin verwiesen zu sein, obwohl er in den Jahren 1837 bis 1848 hieselbst gewohnt, und nachdem er vom August 1848 bis November 1849 sich in Frankfurt a. d. Oder aufgehalten, im November 1849 von Neuem seinen Wohnsitz hieselbst genommen habe; er bittet: die Kammer möge dem königlichen Ministerium aufgeben: a) ihn in Berlin leben zu lassen, b) einen Verlust von 350—400 Thlr., den er an Arbeitsverdienst erlitten, ihm zu erstatten.“

Die Kommission beantragt: über die beiden Anträge, über den ersteren insbesondere in Erwägung:

daß die Berechtigung der Polizei-Behörden, aus ihren Wirkungskreisen Personen auszuweisen, voraussetzlich einer gesetzlichen Regelung entgegenstehe, welche abzuwarten sei — zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. v. Winkler erlegt, daß es der Petitions-Kommission nicht gefallen habe, über das Faktische dieser Sache das Nähere mitzutheilen, und hält es daher für nichtig, zu bestätigen, daß der Sachverhalt vollständig wahr sei, wie der Petent angegeben. Der Redner sucht das Recht des Petenten nach den bestehenden Gesetzen geltend zu machen, indem er der Polizei vollständig diese ersonnenen Befugnisse bestritt, die sie sich in dem vorliegenden wie in ähnlichen Fällen zugesprochen habe. Das Ministerium habe selbst die Mangelhaftigkeit der Gesetzgebung in dem fraglichen Punkte anerkannt. Der Petent könne unmöglich dies erst abwarten. Man habe auch erfahren, wie die feierlichsten Versprechungen gehalten würden. Der Redner habe geglaubt, daß man es wenigstens in einer Materie, die so nahe mit der Verfassung zusammenhänge, es bei der Verfassung belassen werde. Weder das Wort von solchen ersonnenen Befugnissen der Polizei, v. Winkler beantragt, deshalb die Petition des H. Hoffmann ad a dem Minister des Innern zu überweisen unter dringender Empfehlung schleuniger Regelung des Gegenstandes.

Abg. v. Brauchitsch befragt dagegen die einfache Tagesordnung.

Abg. Wenzel ist der Ansicht, daß schon das Gesetz vom 31. Dezember 1842 über das Niederlassungsrecht jeden Preußen vor Polizeivorkauf schütze. Ein Antrag auf einfache Tagesordnung wird hierauf verworfen. Die Abstimmung über den Kommissionsantrag führt darauf zur Rählung. Er wird mit 145 gegen 114 Stimmen abgelehnt und dann der Antrag v. Winkler's angenommen.

Die weiteren im ersten Petitionsbericht enthaltenen Bittschriften führen zu keiner allgemeinen Debatte und von den Kommissionsanträgen, welche meist auf Uebergang zur Tagesordnung gehen, abweichenden Beschlüssen. Die Sitzung wird sodann um 2 1/2 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Sonnabend den 8. Februar, 12 Uhr. Tagesordnung: Gesetz über die Todeserklärung verfallener Gesetzer und Bericht der Budget-Kommission über die Bestreitung der Bedürfnisse der Kammer.

Berlin, 7. Febr. Das Justiz-Ministerialblatt enthält das Erkenntnis des königlichen Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 2. November v. J., betreffend die Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über den Umfang der Amtspflichten eines Beamten. Dergleichen, betreffend die Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Pfändungen der Verwaltungs-Beamten wegen Klassensteuer-Rückstände.

Berlin, 7. Februar. [Die Motive zu dem Winkler'schen Antrage.] Der mehrfach schon im Voraus angekündigte Antrag der Oppositions-Partei der zweiten Kammer, dahin gehend, einen Ausschuss aus 28 Mitgliedern zur Untersuchung der Lage des Landes zu ernennen, ist so eben im Namen derselben von dem Abgeordneten v. Winkler eingebracht worden (s. die Kammerverhandlungen). Die Motive, durch welche man diesen wichtigen Schritt begründet, lauten wörtlich, wie folgt:

Die Lage des Landes, soweit darüber, ohne Einsicht aller Verhandlungen ein Urtheil sich bilden läßt — giebt zu den mannigfachen Bedenken und Besorgnissen gerechte Veranlassung. Der deutsche Bundesstaat — noch vor Kurzem von der Regierung Sr. Maj. des Königs als eine berechtigte Forderung der Nation bezeichnet und durch die feierlichsten Erklärungen und Verträge verbürgt, ist aufgegeben. Dagegen bereiten in Dresden Entscheidungen sich vor, welche mit Wiederherstellung der früheren Bundesgewalt, nur unter Schmälerung des preussischen Einflusses, mit Aufnahme auch der nicht deutschen Provinzen Oesterreichs in den deutschen Bund, und mit Gefährdung des Zollvereins drohen. Inmitten ist die preussische Armee aus Baden zurückgezogen; in Hessen sind Stellungen ohne Schwereitrich geräumt worden, deren Festhalten von der Regierung als unerlässlich für die Verbindung zwischen den beiden getrennten Theilen der Monarchie bezeichnet war, ein Preußen durch die Gesandtschaft, wie die jüngsten Verträge eng verbundene treuer und tieferer Volkstamm ist dort — anfangs unter Zulassung, dann sogar unter Mitwirkung Preußens — mit einseitiger Willkür unterdrückt worden. Im Norden wird, unter Beibehaltung eines preussischen Kommissars — angeblich im Namen aller deutschen Regierungen — das tapfere schleswig-holsteinische Heer aufgelöst, unter Bedingungen, welche seitdem nicht eingehalten sein sollen. Oesterreichische Truppen, seit den Zeiten des dreißigjährigen Krieges in Norddeutschland nicht gesehen, fallen selten Fuß im Norden der Elbe. Ungeachtet dieser wiederholten Demüthigungen und Niederlagen sieht das Land von allen Seiten der Verblümmung der Armeesich betroffen. Zahlreiche Familien sind ihre Ernährer auf längere Zeit entziffen, dem Ueberbau und den Gewerben viele fleißige Hände entzogen worden; ganze Landestheile werden durch ungleich vertheilte, zum Theil unentgeltliche Kriegesleistungen auf das Neueste in Anspruch genommen. Während das Gesetz vom 7. März 1850, wodurch dem Ministerium ein Kredit von 18 Mill. Thaler für außerordentliche Militärzwecke bewilligt wurde, im § 3 ausdrücklich bestimmt: „die Ausführung dieses Gesetzes wird dem Kriegs-Minister und Finanz-Minister übertragen und ist darüber den Kammern sofort bei ihrer nächsten Zusammenkunft Rechenschaft zu geben, welcher sodann über die Fortdauer dieses Kredits, so weit er noch nicht erschöpft ist, die Beschlußnahme vorbehalten bleibt“, ist den Kammern noch bis heute eine Vorlage darüber nicht zugegangen. Der Etat der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben des Staates ist nur bis zum 31. Dezember v. J. festgestellt worden, und dennoch finden täglich von den Kammern nicht bewilligte Einnahmen und Ausgaben statt, ohne daß die Regierung das Geringste versucht hätte, um diesem verfassungswidrigen Zustande Abhilfe zu verschaffen. Statt dessen wird eine Vermehrung der unverzinslichen Staatsschuld um 10 Mill. begehrt, ohne eine so erorbitante Maßregel auch nur mit einem Worte zu begründen. Rechnet man zu allem dem die über Gebühr verzögerte Einführung der Gemeinde-Ordnung, die Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit durch willkürliche Ausweisungen, die Verklammerung der Pressefreiheit durch eine verfassungswidrige Verordnung, so erscheint es nicht zweifelhaft, daß ein Zustand sich vorbereitet, der das Land in eine äußere und innere Krise von allerbekanntestem Umfange zu stürzen droht. Es ist der heilige Beruf der Kammer, bei Zeiten alle Kräfte aufzubringen, um den Staat vor solchem Unheil zu bewahren. Dazu bedarf es vor Allem genauer Kenntniss der mit dem Auslande gepflogenen Verhandlungen, welche der Adress-Kommission von der Regierung bekanntlich verweigert ist, wie der gründlichsten Einsicht in den Finanz-Zustand des Staates. Diese Vorbereitung kann nur durch umfassende Erörterung in einer, auf Grund des Art. 82 der Verfassung von der Kammer gewählten besonderen Kommission in genügender Weise beschafft werden. Die baldigste Ernennung dieser Kommission erscheint daher dringendes Bedürfnis.

Der Antrag des Abgeord. der zweiten Kammer, v. Winkler, auf Niederlegung einer Kommission zur Untersuchung der Lage des Landes bei der drohenden Stellung der öst. Truppen in Holstein und Hessen u., hat einem Korrespondenten der Köln. Ztg. zu folgenden Betrachtungen Veranlassung gegeben: „Miesbach hört und liest man die Ansicht, das Corps des Generals v. Legebitz sei im Falle eines zwischen Oesterreich und Preußen ausbrechenden Krieges für ersteres gänzlich verloren. Kommt diese Ansicht von den blinden Anhängern des gegenwärtigen preussischen Ministeriums, so kann sie nicht Verwunderung erregen; in diesen Kreisen herrscht eine so große Verwahrheit, auch das Schlimmste noch zu Gunsten Preußens zu deuten, daß man sicherlich, wenn die preuß. Festungen mit Oesterreichern besetzt würden, noch den Trost vernehmen könnte: jetzt sei die öst. Armee gefangen genommen. Schwere zu erklären ist es aber, wie auch Gegner der gegenwärtigen Regierung an die behauptete Gefahr für das an der Unterelbe stehende öst. Corps glauben können. Im Gegentheil, wenn der Fürst Schwarzenberg, als er mit Herrn v. Manteuffel in Dalmat die Pazifikation Hofsteins verabredete, die Möglichkeit eines Krieges mit Preußen ins Auge faßte, so konnte er nicht zweckmäßiger handeln, als dies durch Abfindung eines österreichischen Corps, so wie durch die übrigen hiermit in Verbindung stehenden Maßregeln geschehen ist. Eine kurze Vergleichung der jetzigen und der damaligen Sachlage wird hinreichen, jene Behauptung zu begründen. Brach der Krieg im November aus, so mußte Oesterreich auf die Hälfte zweier Bundesgenossen gänzlich verzichten. Dänemark wurde durch die holsteinische Armee verhindert, die Elbe zu überschreiten, und Hannover war durch seine Lage genöthigt, neutral zu bleiben oder, was wahrscheinlicher war, an Preußens Seite zu kämpfen. Jetzt ist das Volkwerk, welches Preußen an Holstein gegen Dänemark besaß, niedergedrückt, im Kriegsfalle stehen 20,000 Oesterreicher mit 40,000 Dänen vereint an der Unterelbe, zugleich Berlin bedrohend und der hannoverschen Armee, die nicht unter 30,000 Mann veranschlagt werden darf, eine Stütze gewährend. Von dieser imposanten, gegen 100,000 Mann betragenden feindlichen Streitmacht kamen früher nur die Truppen von Legebitz in Betracht; jetzt hat Fürst Schwarzenberg mit diesem kleinen Corps eine bis dahin für Oesterreich nicht vorhandene Bundesarmee von 70,000 Mann disponibel gemacht. Aber auch wenn diese imposante Bundesarmee von Preußen besetzt wird (was immer nur mit einer entsprechenden Verringerung des direct gegen Oesterreich operirenden preussischen Heeres geschehen könnte), so ist das Corps von Legebitz noch keineswegs verloren; es hat mit den Dä-

nen die durch den Besitz von Rendsburg gesicherte Rückzugslinie nach Jütland, resp. den dänischen Inseln, und dient somit, selbst geschlagen, wieder nach dazu, eine weit bedeutendere preuß. Truppenmacht im Norden zu festeln, d. h. vom Kampfe gegen Oesterreich fern zu halten. Wie aber im gegenwärtigen Falle, wenn das erst durch die vielgerühmte östliche Convention geschaffene hannoversch-österreichisch-dänische Heer das gegenüberstehende preussische besiegt?“

Berlin, 7. Febr. [Tagesbericht.] Unmittelbar nach der gestrigen Parade wurde dem Erzherzog Leopold im Namen des Königs der schwarze Adler-Orden überreicht. Die Honneurs dabei machte der Flügel-Adjutant Sr. Maj. des Königs, Herr Major v. Bobbin. Hierauf fand im Schlosse ein großes Gala-Diner statt, bei welchem außer S. M. dem Könige und der Königin, der Prinz von Preußen, der Erzherzog Leopold, sämtliche Minister (die einzigen anwesenden Civilpersonen), und mit Einschluß der königlichen und prinziplichen Hofstaaten, 120 Personen anwesend waren. Der Erzherzog Leopold hatte den Ehrenplatz zwischen dem Könige und der Königin. Ihm gegenüber saß der Gesandte seines Kaisers, Herr v. Prokesch. Diesem zur Rechten unser Ministerpräsident, Herr v. Manteuffel, und ihm zur Linken der General v. Wrangel. (Ref.)

Die pommerischen Stände deputierten die H. v. Kleitz-Regow und Denzin an Sr. königl. Hoh. den Prinzen von Preußen, um Höchstselben die Bitte vorzulegen: „es möge der edle Prinz als Statthalter von Pommern zeitweise die Residenz in der treuen Provinz nehmen.“ Nachdem die Deputation zuerst eine ablehnende Antwort durch den Hofmarschall Grafen Pückler erhalten, wurde dieselbe dennoch gestern Mittag 1 Uhr von Sr. königl. Hohheit empfangen und dahin beschieden, daß Höchstselben soeben von Sr. Maj. dem Könige mit einem wichtigen Kommando betraut worden seien und den Befehlen Sr. Majestät nachkommen müßten. Deshalb sind Sr. königl. Hohheit zur Zeit außer Stande, dem vorgetragenen Wunsche zu entsprechen.

Die Ernennung des Grafen v. Arnim (Heinrichsdorf) zum diesseitigen Gesandten am Hofe zu Wien soll schon in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. — Den Grafen v. Bernstorff bezeichnet man als Gesandten bei einer andern Großmacht.

Dem Vernehmen nach steht zu hoffen, daß der General von Rogow, dessen Befähigung, die diesseitige Regierung am Hofe zu St. Petersburg zu vertreten, anerkannt ist, seinem bisherigen Posten sich nicht entziehen, sondern auf denselben zurückkehren wird. (R. Pr. 3.)

Heute, den 7. Februar, Morgens um 8 Uhr, rückte das erste Bataillon des seit einiger Zeit hier gefandenen 12ten Infanterie-Regiments unter klingendem Spiel von hier aus, um den Weg nach seinem neuen Garnisonsorte, Frankfurt a. d. O., in drei Tagemärschen zu Fuß zurückzulegen. Morgen soll ihm das zweite Bataillon des gedachten Regiments folgen. (Ref.)

Der Pressgesetz-Entwurf, über welchen sich die Organe aller Parteien — nur die N. Preuß. Ztg., auf deren Urtheil man besonders gespannt ist, hält dasselbe noch zurück — im Wesentlichen übereinstimmend ausgesprochen haben, erfährt die schärfste Verurtheilung von Seiten der „Wahrheit-Zeitung.“ Dieses Blatt, dem Niemand nachsehen wird, daß es den Umsturz wolle, erklärt geradezu, es sei „nicht geonnen, sich einem solchen Gesetz zu unterwerfen“, und werde, falls der Entwurf Gesetzeskraft erhielte, vorziehen, nicht mehr zu erscheinen. (C. B.)

Am 6ten d. M. kamen hier 356 Personen an und reisten 353 ab. Abgereist: der k. ö. österreichische Cabinets-Courier Seidel nach Wien.

Den beiden im Kreise Königsberg i. d. N. zu Mahausen und Alt-Rudnik bestehenden Zweig-Communen der Alt-Lutheraner ist die Genehmigung des Staats ertheilt worden. Die Rückkehr der galizischen Beurlaubten und entlassenen Reservisten in ihre Heimath mittelst der Eisenbahn von Dierberg nach Krakau dauert ununterbrochen fort. Nächst den zahlreichen Entlassenen der Regimenter „Nassau“ und „Weiden“ sind gestern auch 346 Mann vom Regiment „Majudell“ auf diese Art befördert worden. (C. C.)

Ueber die Anfechtungen, welche das Militärbudget in der Budgetkommission erfahren haben soll, geht uns eine authentische Mittheilung zu, die das hierüber in den Zeitungen Courirrende wesentlich modifizirt. Der Referent, Hr. v. Bodelschwingh, machte darauf aufmerksam, daß der gegenwärtige Etat nur für die Friedensstärke des Heeres berechnet; diese Friedensstärke, auf welche das Heer jedoch seit 1848 noch nicht zurückgekommen, betrage 123,284 Mann, einschließlich 22,250 Mann Kavallerie und scheinen wegen der ausgedehnten Grenzen des Staates, der vielen Festungen und der ganzen Organisation des Heerwesens, in specie zur Ausbildung der Landwehr notwendig. Ein Mitglied hielt die Friedensausgabe für viel zu hoch und den Finanzen des Staates nicht angemessen, es müsse die ganze Kraft des Landes für den Fall eines Krieges aufgearbeitet werden. Dieses Mitglied stellte den Antrag: „Die Position B. für das Heerwesen von 21,981,127 Thlr. 14 Sgr. auf die Hälfte herabzusetzen.“ Andere Mitglieder brachten den Antrag ein: „das Ordinarium der Arme auf den Stand von 1850 mit 25,495,374 Thlr. zurückzuführen, und das pr. 1851 ausgebrachte Extraordinarium völlig zu verwerfen.“ Endlich wurde noch ein Antrag gestellt: „der Staatsregierung die Erwägung anheim zu geben, ob nicht durch eine kürzere Dienstzeit im stehenden Heere und durch Reduktion des stehenden Heeres in Friedenszeiten eine erhebliche Ersparniß beim Friedens-Militär-Etat herbeigeführt werden könne.“ Diese Anträge riefen allerdings eine längere und lebhaftere Diskussion hervor, die indes damit endete, daß der zweite Antrag zurückgezogen und der erste mit 13 gegen 3, der dritte mit 9 gegen 7 Stimmen verworfen wurde. — Prinzipienfragen kamen später nicht weiter zur Erörterung. Gegen unwesentliche Spezialpropositionen wurden Erinnerungen erhoben; einzelne Fragen wurden unerörtert gelassen, weil ihre Beurtheilung bei der außerordentlich zu bewilligenden Kredit für Kriegserhebungen erfolgen könne, und nur die schon früher vielfach angefochtene exceptionelle Stellung, welche die Offiziere zweier Regimenter, des I. Garde-Regiments und des Regiments Garde du Corps, in der preussischen Armee einnehmen, gab zu Erörterungen Anlaß, die jedoch gleichfalls nach Ablehnung aller einigermassen scharfen Vorschläge mit dem Beschluß endeten: dieser Angelegenheit zwar in dem Kommissionsbericht „zu gedenken“, von einem Monito jedoch Abstand zu nehmen, — ein Beschluß, der übrigens auch durch zufriedenernde Erklärungen des geh. Kriegsrathes Messerschmidt, der, als Regierungs-Kommissar den Verhandlungen beimohnt, erklärte: „die Beilegung dieses abnormen Verhältnisses stehe in Aussicht.“ motivirt ist. (C. B.)

Am 6ten d. M. kamen hier 356 Personen an und reisten 353 ab. Abgereist: der k. ö. österreichische Cabinets-Courier Seidel nach Wien.

Den beiden im Kreise Königsberg i. d. N. zu Mahausen und Alt-Rudnik bestehenden Zweig-Communen der Alt-Lutheraner ist die Genehmigung des Staats ertheilt worden. Die Rückkehr der galizischen Beurlaubten und entlassenen Reservisten in ihre Heimath mittelst der Eisenbahn von Dierberg nach Krakau dauert ununterbrochen fort. Nächst den zahlreichen Entlassenen der Regimenter „Nassau“ und „Weiden“ sind gestern auch 346 Mann vom Regiment „Majudell“ auf diese Art befördert worden. (C. C.)

Ueber die Anfechtungen, welche das Militärbudget in der Budgetkommission erfahren haben soll, geht uns eine authentische Mittheilung zu, die das hierüber in den Zeitungen Courirrende wesentlich modifizirt. Der Referent, Hr. v. Bodelschwingh, machte darauf aufmerksam, daß der gegenwärtige Etat nur für die Friedensstärke des Heeres berechnet; diese Friedensstärke, auf welche das Heer jedoch seit 1848 noch nicht zurückgekommen, betrage 123,284 Mann, einschließlich 22,250 Mann Kavallerie und scheinen wegen der ausgedehnten Grenzen des Staates, der vielen Festungen und der ganzen Organisation des Heerwesens, in specie zur Ausbildung der Landwehr notwendig. Ein Mitglied hielt die Friedensausgabe für viel zu hoch und den Finanzen des Staates nicht angemessen, es müsse die ganze Kraft des Landes für den Fall eines Krieges aufgearbeitet werden. Dieses Mitglied stellte den Antrag: „Die Position B. für das Heerwesen von 21,981,127 Thlr. 14 Sgr. auf die Hälfte herabzusetzen.“ Andere Mitglieder brachten den Antrag ein: „das Ordinarium der Arme auf den Stand von 1850 mit 25,495,374 Thlr. zurückzuführen, und das pr. 1851 ausgebrachte Extraordinarium völlig zu verwerfen.“ Endlich wurde noch ein Antrag gestellt: „der Staatsregierung die Erwägung anheim zu geben, ob nicht durch eine kürzere Dienstzeit im stehenden Heere und durch Reduktion des stehenden Heeres in Friedenszeiten eine erhebliche Ersparniß beim Friedens-Militär-Etat herbeigeführt werden könne.“ Diese Anträge riefen allerdings eine längere und lebhaftere Diskussion hervor, die indes damit endete, daß der zweite Antrag zurückgezogen und der erste mit 13 gegen 3, der dritte mit 9 gegen 7 Stimmen verworfen wurde. — Prinzipienfragen kamen später nicht weiter zur Erörterung. Gegen unwesentliche Spezialpropositionen wurden Erinnerungen erhoben; einzelne Fragen wurden unerörtert gelassen, weil ihre Beurtheilung bei der außerordentlich zu bewilligenden Kredit für Kriegserhebungen erfolgen könne, und nur die schon früher vielfach angefochtene exceptionelle Stellung, welche die Offiziere zweier Regimenter, des I. Garde-Regiments und des Regiments Garde du Corps, in der preussischen Armee einnehmen, gab zu Erörterungen Anlaß, die jedoch gleichfalls nach Ablehnung aller einigermassen scharfen Vorschläge mit dem Beschluß endeten: dieser Angelegenheit zwar in dem Kommissionsbericht „zu gedenken“, von einem Monito jedoch Abstand zu nehmen, — ein Beschluß, der übrigens auch durch zufriedenernde Erklärungen des geh. Kriegsrathes Messerschmidt, der, als Regierungs-Kommissar den Verhandlungen beimohnt, erklärte: „die Beilegung dieses abnormen Verhältnisses stehe in Aussicht.“ motivirt ist. (C. B.)

Deutschland.

Dresden, 5. Febr. [Konferenzen.] Die erste Kommission hat endlich über die vorliegenden Entwürfe zur Revision derjenigen Theile der Verfassung, welche die Bundesorgane betreffen, einen Bericht erstattet. Wie ich vernehme, ist dieser Bericht von allen Mitgliedern gutgeheißen, man darf aber deshalb nicht glauben, daß sie an die Vorschläge, die er enthält, in irgend einer Weise gebunden sind. Der Bericht ist nur eine einfache Darlegung jener von Oesterreich und Preußen gemeinsam vorgeschlagenen Stimmen-Verminderung im engeren Rath und Vermehrung derselben im Plenum. Von Uebertragung der eigentlichen Exekutive an Oesterreich und Preußen steht nichts darin, und man

sagt mir, daß hierüber noch gar nichts weder den Kommissarien noch den Konferenzen vorliegt. Eine Plenar-Sitzung hat bis jetzt nicht wieder stattgefunden und wird wahrscheinlich auch in der nächsten Zeit nicht stattfinden. Die zweite Kommission hat einen anderen Weg eingeschlagen, um zu einem Berichte zu gelangen. Es sind zwei Subkommissionen ernannt, um die freitragenden Spezialfragen der Gesetzgebung nochmals durchzugehen, und wenigstens Propositionen für eine gleichlautende Veränderung zu machen. Die Zeit und die Arbeit scheint den Mitgliedern dieser Kommission nicht lang zu werden. Groß ist ihre Thätigkeit, aber wenig sind ihre Resultate. (C. 3.)

Dresden, 6. Febr. An dem gestern stattgefundenen, auch diesmal überaus zahlreich besuchten Hofballe, welchem sämtliche am königl. Hofe vorgestellte Herren und Damen, sowie die Mitglieder der hohen Ständerversammlung beizuwohnen berechtigt waren, nahmen außer den allerhöchsten und höchsten Herrschaften des königlichen Hauses mehrere zur Zeit hieselbst verweilende fürstliche Persönlichkeiten, der Herzog von Holstein-Glücksburg nebst Frau Gemahlin, königliche Hoheit, der Fürst von Reuß, der Prinz von Waldeck u. c., sowie der größte Theil der bei den Ministerialkonferenzen anwesenden Herren Bevollmächtigten, ingleichen die zur dritten Kommission der Ministerial-Konferenzen von ihren resp. hohen Regierungen abgeordneten Herren Sachverständigen Theil. Unter den letztern befanden sich namentlich auch der k. ö. österreichische Ministerialrath Dr. Hoch und der königl. preussische geh. Regierungsrath Delbrück. Das Ballfest, welches kurz nach 8 Uhr begann, endete, nachdem Ihre Majestäten sich in Allerhöchster Gemüthsruhe zurückgezogen, erst gegen 1 Uhr.

Nachdem auf die ergangene Aufforderung der dritten Kommission der Ministerialkonferenz hier, welcher die Bearbeitung der Fragen der materiellen Interessen zugetheilt ist, eine hinreichende Anzahl Sachverständiger und namentlich auch der preuß. geh. Regierungsrath Delbrück und der k. ö. österr. Ministerialrath Dr. Hoch hier eingetroffen, haben diese Beiräthe gestern und heute bereits Sitzungen gehalten. Es handelt sich dabei um die Vorbereitung bestimmter Vorschläge, und möchte nicht zu bezweifeln sein, daß es der hervorgetretenen Meinungsvorherrschendheit ungeachtet gelingen werde, zu einem der Hauptaufgaben förderlichen Einvernehmen zu gelangen. (D. 3.)

Leipzig, 5. Februar. Gestern ist Ludwig Feuerbach von hier ausgewiesen worden. Er hatte sich einige Tage bei dem Buchhändler Otto Wigand aufgehalten, ohne bei der Polizei angemeldet zu sein und eine Aufenthaltserlaubnis gelöst zu haben, weil er nicht überlaufen sein und den Druck seiner „Auf der Vorlesungen“ ganz ungestört überwinden wollte. Auf solche Polizeivergehen stehen 5 Rth. Strafe. Das hiesige Polizeiamt begnügte sich aber nicht damit, Feuerbach selbst, so wie seinen Wirth um 5 Rth. zu strafen, sondern wies auch den Philosophen, unter Androhung der Verhaftung, aus, obgleich er mit einem ganz neuen und richtigen bairischen Paß, von Ansbach ausgestellt, versehen war. Feuerbach hat die Ausweisung mit philosophischem Gleichmuth ertragen. (Nat. 3.)

Darmstadt, 3. Februar. Zwischen Oesterreich und Nassau ist die Streitfrage in Betreff der Hoheitsrechte über den Johannisberg endlich durch die angesehene Vermittelung des Großherzogs von Hessen, der mit dieser Angelegenheit den Oberstudien-director Dr. Weidenbach beauftragt, zu beiderseitiger Zufriedenheit beigelegt worden. Die Ratifikation des abgeschlossenen Staatsvertrags ist nunmehr eingelaufen, und die Angelegenheit als beigelegt zu betrachten. — Fürst Metternich kommt, wie versichert wird, diesen Sommer nach Schloß Johannisberg. (Ref.)

Schwern, 5. Februar. Das österreichische Exekutionskorps rückt immer tiefer ins Land hinein und sind jetzt bereits Abtheilungen desselben in die unmittelbare Nähe Schwerns vorgezogen. Wie es verlautet, steht unserer Stadt selbst keine Einquartierung bevor, und wird überhaupt das ganze Land mehr von dieser Last betroffen als die Städte. Es läßt sich indes voraussehen, daß diese Besetzung allmählich sich auf das ganze Land erstrecken wird, da in den bisher betroffenen Gegenden namentlich die kleineren Landwirthe durch die starken Requisitionen (s. B. 11 Pfd. Heu täglich pro Pferd) schon ausgezogen sind, und so nur eine Verlegung der Stationen in andere, noch nicht heimgeführte Gegenden übrig bleibt. Eine eventuelle Aussicht für das Land, zumal die sehr geringe Entschädigung nur in Anweisungen auf die künftige Bundeskasse geleistet wird. Um diese Kasse herzustellen, soll noch obenein an unsere Regierung die Aufforderung ergangen sein, zunächst 100,000 Rthl. in dieselbe herbeizuführen, eine Anforderung, die hier auf einen sehr entschiedenen Widerstand gestoßen ist. Die Einquartierung selbst konnte freilich auch nicht durch die energischen Proteste der Regierung, noch durch Vermittelungsveruche beim FML. Legebitz, welcher sich auf seine Wiener Instruktionen berief, von uns abgewandt werden. (H. N.)

Lübeck, 5. Februar. Heute Vormittag rückten die gestern hier angekommenen k. ö. österreichischen Truppen mit voller Munition aus, um vor dem Burghore ein militärisches Exercitium zu halten. Später traf ein Corps Kaiser-Jäger (Prolet) hier ein, wenn wir nicht irren, dieselben die in voriger Woche nach Meißelburg, Genin und Umgegend hier durchzogen. — Wir bemerken nachträglich noch, daß die gestern hier anlangenden österreichischen Truppen Lübeckersicht durch Major Behrens nebst Adjutanten eingeholt wurden. (C. 3.)

Hamburg, 6. Februar. Es sind heute preussische und österreichische Quartiermacher hier eingetroffen. Erstere zeigten die Ankunft der zwei Bataillone vom 8. (Leib-) Regiment an, welches, wie wir bereits gemeldet, zur Besetzung von Rendsburg bestimmt ist und einigen Angaben zufolge, gleich nach Rendsburg durchgeht, nach andern aber einen Nachtag in St. Pauli halten dürfte. Die anderen Quartiermacher gehören dem österreichischen Regiment Schwarzenberg an, welches morgen von Bergedorf hier anlangt und zur Besetzung Altona's bestimmt ist. (Nach der B. H. dürfte auch der Feldmarschalls-Lieutenant v. Legebitz ebenfalls sein Hauptquartier dahin verlegen.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 6. Februar. Gestern hat uns der General v. d. Horst verlassen und ist nach Kiel übergesiedelt. Krantheit verhinderte den General, bei Infalligkeit der neuen Regierung gegenwärtig zu sein. — General v. Wülfel hat bis zum Einrückten der Hilfstruppen hier die Stelle des Gouverneurs übernommen. Vor einigen Tagen schon wurde die schwarz-roth-goldene Fahne von der Hauptwache, wo sie bis dahin noch geweht, herabgenommen; heute hat nun auch die dort aufgezogene schleswig-holsteinische weichen müssen, wie diesbezügliche auch von allen Bataillonen beschunden ist, wahrscheinlich um der österreichischen und preussischen Platz zu machen. So verschwindet eine theurer Erinnerung nach der andern. Zunächst wird nun wohl die Hand an die Erinnerungskreuzer gelegt werden, welche den Kämpfern für Ehre und Recht von der Statthaltertschaft verliehen wurden. (Wir möchten das doch noch bezweifeln.) Der Widerstand gegen eine solche Verfügung möchte leicht dazu Anlaß geben, die ungestörte Ruhe in unserm Lande zu unterbrechen. Es befinden sich in Holstein vielleicht 10,000 junge Kämpfer, die dieses Recht tragen und es ohne Widerstand nicht ablegen werden. Das vierzehnte und fünfzehnte Bataillon sind heute Moravia abmarschirt.

Kiel, 6. Februar. Gestern ist das Generalkommando der Armee hierher verlegt worden. Man erwartet jetzt sofort das

Zusammenrufen des Generals v. d. Horst mit den Bundeskommissarien zur Beratung über die künftige Formirung der holländischen Armee.

Die Leitung des Kriegsdepartements ist dem Oberstleutnant der Artillerie v. Seweloh, bisher Chef der ersten Abtheilung des Departements, welcher bereits seine Entlassung aus diesem Dienst genommen hatte, übertragen worden.

Mit der obersten Civilbehörde steht die Militärverwaltung indessen nach wie vor in seiner Verbindung.

Die Nachricht der „Freien Presse“, daß Friedrichsort bereits gestern von den Dänen besetzt sei, ist unrichtig.

Nach heute ist es in unsern Händen: nur das, ein Theil der Besatzung bildende erste Ersatzbataillon ist mit den übrigen Ersatzbataillonen aufgelöst.

Gegenwärtig besteht die Garnison noch aus einer Abtheilung des vierten Jägercorps und einer Festungsbatterie.

Altona, 5. Feb. Die hiesigen drei schleswig-holsteinischen Bataillone verlassen uns morgen; das 1. kommt nach Uetersen, das 2. nach Pinneberg und Umgegend, das 3. nach Glückstadt.

Die Einquartierungs-Kommission hat folgende Anzeige erlassen: „Obgleich die Einquartierungs-Kommission bis jetzt durch die betreffenden oberen Landesbehörden von dem Eintreffen fremdherlicher Truppen in hiesiger Stadt noch nicht offiziell in Kenntniß gesetzt worden ist, so glaubt sie es doch im Interesse ihrer Mitbürger zur öffentlichen Kunde bringen zu müssen, daß sie davon benachrichtigt ist, daß am 7. d. Mts. circa 3300 Mann österr. Truppen hier eintreffen und am 9. d. Mts. nach Rendsburg abgehen werden.

Am 9. d. M. werden dann weitere circa 4000 Mann hieselbst eintreffen und in hiesiger Stadt einquartiert. Da von dem General-Kommando der gedachten Truppen verfügt ist, daß nicht weniger wie 2 Mann in ein Quartier gesetzt werden können, so wird eine Erhöhung der bisherigen Sezung zur Einquartierung eintreten müssen, welches zur Nachachtung sowohl für diejenigen, welche ihre Einquartierung selbst aufnehmen, als auch für diejenigen, welche ausquartieren, hierdurch im Vorwege angezeigt wird.

Altona, den 5. Feb. 1851. Die Einquartierungs-Kommission.

Wien, 7. Februar. [Tagesbericht.] Dem zu Krakau erscheinenden „Esas“ wird aus dem Königreiche Polen gemeldet, daß bedeutende russische Truppenmassen in Böhmen, Posen und nächst Warschau aufgestapelt werden.

Der dänische Minister Graf v. Spöndek hat bereits heute mit dem Ministerpräsidenten Fürsten v. Schwarzenberg konferirt.

Die in den letzten Tagen so häufigen Verhaftungen wegen des Tragens angeblich politischer Abzeichen haben ein Ende genommen, da ein älterer Erlaß des Kaisers und Militärgouvernements nur das Tragen entschiedener politischer, namentlich rother Abzeichen verbietet.

Nach dem ausdrücklichen Willen der höheren Behörden, soll wegen der Formen des Haarwuchses und der Hüte keine Festimmung weiterhin stattfinden.

Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß die Dresdener Konferenz sich mit der Umgestaltung des deutschen Bundesverhältnisses beschäftigt. Deutschland soll in die Lage gesetzt werden, jeder Eventualität nach Außen erfolgreich die Stütze zu bieten, und demgemäß sollen auch die Kleinstaaten veranlaßt werden zu dem gemeinsamen Zwecke entsprechend mitzuwirken.

Gestern ist Herr Bürgermeister Rerzy an der Spitze jener Deputation, welche dem Feldmarschall Paskevitch das Ehrenbürger-Diplom der Stadt Pesh überreicht, hier eingetroffen, wo sich noch einige Mitglieder anschließen werden.

Frankreich. Paris, 5. Feb. [Tagesbericht.] Die Kommission zur Prüfung des Dotations-Antrages ist gewöhnt. Die Abtheilungen hatten sich sehr zahlreich eingefunden; die Debatten waren sehr lebhaft und das Resultat läßt nun fast keinen Zweifel über das Schicksal, welches die Dotation erwartet.

Legitimisten, gemäßigte Linke, Montagnards erklärten sich einstimmig gegen die Dotation, und das Wahleresultat ergab 13 Mitglieder gegen den Antrag des Episcopes und nur zwei dafür. Die Gesamtzahl der Stimmen, welche die Oppositions-Mitglieder gewährt, beträgt 375; die der Anhänger beläuft sich nur auf 256. Wenn das obige Stimmenverhältniß bei dem öffentlichen Votum hervortreten sollte, so würde die Dotation mit einer Majorität von mehr als 100 Stimmen verworfen werden.

Das Votum wird eine zweite Auflage von dem des 18. Januar sein.

Im Interesse der Ruhe des Landes muß man dieses Resultat als ein bedauerliches bezeichnen; denn Niemand kann dabei gewinnen, wenn der Konflikt zwischen den beiden Staatsgewalten verlängert und erneuert wird. Die Majorität, glaube ich, hätte weiser gehandelt, wenn sie den Dotations-Antrag besser aufgenommen hätte.

Das Land wird diese Angelegenheit nicht nach den Verhältnissen beurtheilen, die ihr die Versammlung beilegen will, es wird darin nur eine kleinliche Geldangelegenheit erblicken, und obendrein wegen einer in der That unbedeutenden Summe. In ihrem eignen Interesse hätte daher die Versammlung besser daran gethan, nicht um ein paar 100,000 Fr. zu handeln, die dem Präsidenten unerlässlich notwendig zu sein scheinen.

Wie dem nun sei, das Resultat der öffentlichen Debatte kann nach der heutigen Wahl nicht mehr zweifelhaft sein; die Dotation wird verworfen werden. Nach der Mittheilung eines Abend-Journals wird der Bericht der Kommission, die aus 3 Montagnards, 3 Legitimisten, 5 tiers-parti, 2 Orleansisten und 2 Bonapartisten besteht, sehr kurz sein und den Antrag auf Ablehnung der Dotation nur etwa mit folgenden Worten begleiten: „Aus Gründen der Schlichtheit“ werden wir die Ursachen nicht diskutieren, welche die Kommission bestimmt haben.“

Was wird nun aber der Präsident thun? Niemand weiß etwas Bestimmtes darüber anzugeben. Was es heißt, hat seine Umgebung nicht mehr das alte Vertrauen auf die National-Subscrip-tion wie in den letzten Tagen. Auch die neue Reunion der Deputirten war nur sehr schwach besucht. Es ist daher schwer vorherzusagen, wie das Episcop das Votum der Nat.-Versammlung beantworten wird.

Die Abtheilungen erwählten heute eine zweite Kommission; die zur Prüfung des Antrages auf Verfolgung des Herrn v. d. Moskwa durch Gen. de la Croisette. Auf 14 gewählte Mitglieder sind 13 für die Autorisation. Der Präsident der Republik hat übrigens das Benehmen des Hrn. v. d. Moskwa stark getadelt.

Wie versichert wird, ist Bonaparte seit einigen Tagen in lebhafter Besorgniß wegen der Dotations-Angelegenheit. Wenn ich gar unterrichtet bin, so war ein Diplomat, der bereits Beweise eines gewandten Geistes geliefert hat und mit der Lage der Dinge genau vertraut ist, beauftragt worden, bei einem der bedeutendsten Männer der Majorität einen Schritt zu versuchen, und ihn Land auszusprechen zu lassen, wenn aus dem Zwiespalt zwischen den beiden Staatsgewalten eine Kollosion entstehen sollte.

Die Der Staatsmann soll die von dem Diplomaten angeführten Thatsachen nicht in Abrede gestellt, aber rundweg erklärt haben, daß die meisten der bezeichneten Gefahren schnell verschwinden werden, wenn Frankreich in den Institutionen Garantien der Stabilität haben wird. Ueber den Sinn dieses Wortes „Stabilität“ entspann sich eine Diskussion, bei der sich herausstellte, daß der Eins als ein stabiles Gouvernement dasjenige

bezeichnete, was der Andere als eine neue Form des Instabilen erklärte.

Großbritannien. London, 4. Febr. Die Thronrede, mit welcher Ihre Majestät die Königin heute um 2 Uhr Nachmittags das Parlament eröffnete, lautete wie folgt:

„Mein Vorhaben ist, die Thronrede, mit welcher Ihre Majestät die Königin heute um 2 Uhr Nachmittags das Parlament eröffnete, lautete wie folgt: „Mit großer Befriedigung eröffne ich wieder Mein Parlament und rufe Ihren Rath und Beistand an zur Vervollständigung der Maßregeln, welche die Wohlfahrt unseres Vaterlandes betreffen.“

„Ich unterhalte, wie bisher, friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu den fremden Mächten. Es war Mein Bestreben, die Staaten Deutschlands zu bewegen, daß sie die Bestimmungen des Vertrags mit Dänemark, der im Juli vorigen Jahres zu Berlin geschlossen wurde, in Vollzug setzen. Es freut Mich sehr, Ihnen melden zu können, daß der deutsche Bund und die Regierung von Dänemark jetzt damit beschäftigt sind, die Bestimmungen jenes Vertrags auszuführen und dadurch den Feindseligkeiten, die zu einer Zeit für den Frieden Europas voll Gefahr zu sein schienen, ein Ende zu machen.“

„Ich hege das Vertrauen, daß die Angelegenheiten Deutschlands durch gegenseitiges Uebereinkommen in solcher Weise geordnet werden mögen, daß die Kraft des Bundes und die Freiheit seiner einzelnen Staaten erhalten und gewahrt bleibe.“

„Ich habe mit dem König von Sardinien Zusatz-Artikel zu dem Vertrage vom September 1841 geschlossen und befohlen, jene Artikel Ihnen vorzulegen.“

„Die Regierung von Brasilien hat neue und, ich hoffe, wirksame Maßregeln zur Unterdrückung des abentheuerlichen Sklavenhandels ergriffen.“

„Herren vom Hause der Gemeinen! Ich habe befohlen, die Veranschlagungen des Jahres vorzubereiten und Ihnen ohne Verzug vorzulegen. Sie sind mit gebührender Rücksicht für die Sparamkeit und die notwendigen Erfordernisse des Staatsdienstes abgefaßt.“

„Angeachtet der großen Ermäßigungen in der Besteuerung, die in den letzten Jahren vorgenommen wurden, sind die Staatseinkünfte doch betrübend ausgefallen.“

„Der Zustand des Handels und der Fabrikation im vereinigten Königreich gab den arbeitenden Klassen allgemeine Beschäftigung.“

„Ich habe jedoch die Schwierigkeiten zu beklagen, die noch immer von jenem bedeutenden Theile Meines Volkes, der aus Landeigenenthümern und Landbauern besteht, empfunden werden.“

„Aber es ist Meine zweifelhafte Hoffnung, daß die geordnete Lage der übrigen Klassen Meiner Unterthanen zur Verminderung jener Schwierigkeiten günstig mitwirken und die Interessen des Ackerbaues fördern werde.“

„Die neue Umarmung gewisser kirchlicher, von einer fremden Macht verliehenen Titel hat eine starke Erregung der Gefühle in diesem Lande verursacht, und zahlreiche Massen Meiner Unterthanen haben Mir Adressen überreicht, welche ihre Unhänglichkeit an den Thron ausdrücken und bitten, daß solchen Umarmungen geachtet werde. Ich habe Meines Einflusses bedient, die Rechte Meiner Krone zu behaupten und die Unhänglichkeit der Nation zu wahren gegen jeden Uebergriff, von welcher Seite derselbe kommen möge. Ich habe zugleich Mein ernstes Verlangen und Meinen festen Entschluß ausgesprochen, die religiöse Freiheit, welche von dem Volke dieses Landes so geachtet und so hochgeschätzt wird, mit Gottes Segen ungeschmälert zu erhalten.“

„An Ihnen wird es sein, die Maßregel zu beraten, die Ihnen über den Gegenstand vorgelegt werden wird.“

„Der Handhabung der Justiz in den verschiedenen Departements des Reiches und der Billigkeit wird ohne Zweifel die erste Aufmerksamkeit des Parlaments gewidmet werden, und ich hege die Zuversicht, daß die zur Verbesserung dieser Administration vorzulegenden Maßregeln mit jener reiflichen Ueberlegung werden erörtert werden, die wichtige Veränderungen in den höchsten Gerichtshöfen des Königreichs gebietet erheischen.“

„Eine Maßregel wird Ihnen vorgelegt werden, um ein System der Registrierung der auf Eigenthumsübertragung bezüglichen Urkunden und Dokumente einzuführen. Diese Maßregel ist das Resultat von Nachforschungen, die ich über die Ausfühbarkeit eines Systems anstellen ließ, um die Sicherheit zu geben, die Veranlassung zu Prozeffen, denen ich bisher unterworfen waren, und die Uebertragungs-fosten zu vermindern.“

„Den Fortschritt der Verbesserung mit der Stabilität unserer Institutionen zu vereinigen, wird gewiß Ihre befähigende Sorge sein. Wir können uns glücklich schätzen, daß wir ohne Störung den Lauf ruhiger und friedlicher Vervollkommnung verfolgen können, und wir haben jede Ursache, dem Allmächtigen für das Glück und die Ruhe, die er uns gewährt hat, dankbar zu sein.“

„Im Ordnungsbuch des Unterhauses stehen bereits 50 Anmel-dungen von Parlaments-Mitgliedern, welche Anträge über die verschiedensten Gegenstände vorbringen werden.“

Die Keller des Parlamentsgebäudes wurden gestern durchsucht, um zu sehen, ob keine Pulverfässer darin versteckt seien; das Resultat war, wie in jedem Jahre seit 1606, ein vollkommen beruhigendes. Die Ceremonie, eine Erinnerung an die sogenannte Pulververtheuerung von 1605, wird jährlich vom Stat-tträger des Unterhauses und einigen Polizeibeamten vorgenommen.

Die Königin wurde auf dem Wege vom Buckingham-Palaste nach dem Parlamentsgebäude von dem zahlreich versammelten Volke mit großem Jubel begrüßt. „Von fast jedem Hause in der Parlamentsstraße,“ schreibt der Globe, „wehten Fahnen zu Ehren des königl. Zuges; an allen Punkten, wo es nur möglich war, hatte man Gerüste angebracht, die mit Aufzügen gefüllt waren, welche alle von demselben Gefühle der Unhänglichkeit befeelt schienen, die Königin mit Hurrahsrufen empfangen und die unzweideutigen Zeichen ihres Entschlusses gaben, die Suprematie der Krone gegen alle Angriffe von inneren oder äußeren Feinden zu schützen. Im Schloßhof erreichte der Anbruch des Volkes eine solche Höhe, daß es der vereinten Anträngungen des Militärs und der Polizei bedurfte, um dem Zuge Bahn zu machen. Der lokale Entschlußismus der Menge war unbeschreiblich; die ganze hin- und herwogende Masse schien von einer einzigen Empfindung belebt zu sein. Als Ihre Majestät das Haus betrat, wurde der Kanonendonner, der ihre Ankunft verkündete, durch das Jauchzen des Volkes erwidert, welches sich von Punkt zu Punkt über den ganzen Weg verbreitete und ein brausendes Echo fand, gleichsam als wolle man der Welt beweisen, daß, wo das Staatsoberhaupt einer solchen Liebe genießt, kein fremder Feind oder Potentat einen Angriff wagen könne. Trotz des ungeheuren Andranges lief Alles ohne die geringste Unstörung ab.“

London, 5. Febr. [Parlaments-Sitzungen.] Unmittelbar nach der königlichen Sitzung traten die Mitglieder der beiden Häuser in ihren resp. Lokalen zusammen.

In dem Hause der Lords wurde die Adresse auf die Thronrede von Lord Effingham eingebracht, welche nur eine Paraphrase der letztern ist. Das Haus nahm sie mit Einstimmigkeit an, nach einer Rede des Lord Stanley, der, ohne dem Cabinet ein Misstrauensvotum geben zu wollen, doch hervorheben zu müssen glaubte, daß wenn die schleswig-holsteinische Angelegenheit gelöst sei, dies mehr der Festigkeit Russlands und Oesterreichs zu verdanken wäre, als der Gewandtheit des englischen Gouvernements; daß dieses ferner keine Energie gezeigt habe, weder im Aufheben des Zolls, noch im Schutze der Agricultur; und daß endlich der Paragraph der Thronrede in Bezug der Religions-Angelegenheit zu schwach sei, Angesichts der päpstlichen Usurpation. In demselben Sinne ließen sich noch mehrere andere Redner vernehmen. Marquis von Lansdowne antwortete in etwas zweideutigen Worten, daß das Haus mit der Maßregel zufrieden sein würde, welche das Cabinet in der Religions-Angelegenheit vorgeschlagen werde.

Auch in dem Hause der Gemeinen ist die von dem Marquis v. Kidare eingebrachte Adresse einstimmig angenommen worden nach einer ziemlich lebhaften Debatte zwischen dem Herren Robert Peel und Hume einer, und den Herren Rob. Inglis, Sibthorp und Lord John Russell andererseits. Die Ersteren wollen vollständige Religions- und Handelsfreiheit, die Herren Inglis und Sibthorp wollen Gewalt gegen die Katholiken und alle möglichen Beschränkungen in der Industrie. Lord John Russell nahm die Mitte zwischen diesen Extremen; er vertheidigte die Prinzipien einer gemäßigten Handelsfreiheit, und versprach in der religiösen Angelegenheit eine rein parlamentarische Maßregel vor-

zuschlagen, ohne auf die gouvernementale Handlung weiter einzugehen.

Sprechsaal. Macchiavelli und der Gang der europäischen Politik von Theodor Mundt. Leipzig, Dittsch'sche Buchhandlung, 1851.

Es ließ sich voraussehen, daß Herr Mundt, der gründliche, forschende Macchiavelli, neue und bedeutende Seiten an diesem großen politischen Charakter entdecken würde. Sein Werk übertrifft auch an Reichthum des Materials und Fülle der Gedanken die Schriften der zahlreichen Vorgänger. Herr Mundt sucht die moderne Epoche der noch bestehenden europäischen Politik aus seiner Zeit und seinem Volke zu erklären. Er giebt uns zuvörderst ein Bild des demokratischen Prinzips in Italien und der Ausbildung desselben. Nachdem er die Lebensumstände Macchiavellis ausführlich abgehandelt, geht er sehr genau auf die Entstehung des Buchs vom Fürsten ein und stellt hier eben so ungenügende, als neue Ansichten über dieses Handbuch des Despotismus auf, welches einen glühenden Republikaner zum Verfasser hatte. Die Stellung Macchiavellis zu den Medicis wird mit neuen Belegen aufgeklärt, so wie die übrigen Werke des großen Staatsmannes und Geschichtsforschers mit dem Fürsten-Traktat in Einklang gebracht werden.

Aus dem viel besprochenen Werke Macchiavellis entwickelt der Verfasser das System der Eroberungspolitik und das der feiergerischen Reorganisation, welche damals in Italien zur Nothwendigkeit geworden. Mit einem höchst geistreichen Seitenschwange wendet sich Herr Mundt der Idee des National-Kathertums zu, das Dante bereits verurtheilt hatte, und wodurch die Trennung der Kirche vom Staate vollzogen worden wäre. Ein Verlangen, welches in der deutschen Reformation sich mit erneuter Gewalt geltend machte, aber leider selbst in unsern Tagen noch nicht in Erfüllung ging. Die großen Mächte-Constructoren und die bewaffneten Propheten, welche Macchiavelli als Beispiele auführt, werden noch durch neuere Namen vermehrt und erläutert, und das Uebribe des neuen Fürsten von Macchiavellis Standpunkt aus aufgeklärt. Den Einfluß, welchen der italienische Staatsmann auf die Völker Europas ausgeübt, tritt in dem Kapitel Macchiavelli und Kardinal Richelieu auf das Klarste hervor, und indem der Verfasser hier die Quellen und den Verlauf der französischen Politik nachweist, erfüllt er die große Aufgabe, welche er sich gestellt; Macchiavelli und den Gang der europäischen Politik in allen ihren wunderbaren Phasen und Metamorphosen aufzuklären.

Wir haben uns bemüht, durch ein kurzes Inhaltsverzeichnis auf die Reichhaltigkeit dieser höchst interessanten Arbeit aufmerksam zu machen. Leider vergönnt uns der beschränkte Raum nicht, tiefer auf die Einzelheiten einzugehen, welche von genauerer Forschung und geistreicher Auffassung zeugen. Seiten erinnern wir uns, ein Buch gelesen zu haben, das so anregend wie diese ausgezeichnete Schrift auf uns gewirkt. Herr Mundt bewährt sich in diesem neuen Produkte seines reichbegabten Geistes nicht allein als unermüdblichen Forscher und geistreichen Literatür-Historiker, sondern entwickelt eine dem deutschen Gelehrten größtentheils ganz fremde Seite, nämlich ein bedeutendes staatsmännisches Wissen und Talent. Wir sind fest überzeugt, daß Niemand, der den Gang der neueren Politik mit Aufmerksamkeit verfolgt, unberührt durch dieses Werk aus der Hand legen wird, das wie der Schlüssel Salomonis die verborgenen Schlupfwinkel des modernen Staatslebens uns erschließt. Fürsten und Völker werden noch immer aus dem Fürsten-Traktat zu lernen haben, zu dem Herr Mundt den besten uns bekannten Kommentar, frei von jeder Partei-Leidenhaft geschrieben hat. M. R.

Breslau, 8. Februar. [Theater.] Seit der Anwesenheit von Fräulein Babnigg an unserer Bühne ist „Rosine“ „Barbier von Sevilla“ Repertoire-Oper geblieben. Die Vorstellung dieser Oper bietet aber auch in der That so Vortreffliches, wie ich es fast von keiner anderen nachzurufen vermag, und diese einzig junge, lockende Musik wirkt daher immer mit erneuter Zauberwelt auf das Publikum.

Die gestrige Vorstellung hat einen neuen Beweis dafür geliefert. Eine „Rosine“ wie die von Fräulein Babnigg dürfte auf der deutschen Bühne schwerlich noch einmal zu finden sein. Das virtuose Element und das ächte Gold der Kunst verschmelzen sich hier zu einem unvergleichlich schönen, wunderbaren Ganzen. Als Gesangsvirtuosin leistet die Sängerin in dieser Partie Unglaubliches, und es ist nicht zu viel, wenn ich sage, daß Fräulein Babnigg in dieser Beziehung Alles anspricht, was ein Virtuoso auf der Violine vermag. — Als „Blanche“ in der Partie jener Leichtigkeit, Feinheit und Grazie, wodurch diese Musik, voll belebender Frische, erst zu ihrer wahrhaft künstlerischen Geltung gelangt. — Die Ausführung der Habeschen Variationen, welche Fräulein Babnigg gestern als Einlage am Klavier sang, gehört zu den seltenen Wundern technischer Gesangsvollendung.

Die Fassung des „Almaviva“ durch Herrn Götte war mir neu; der strebsame Sänger entledigte sich dieser schwierigen Aufgabe höchst ehrenhaft. Etwas mehr Frische und Leichtigkeit wird sich bei Wiederholungen wohl noch finden.

Der „Bartolo“ des Herrn Pravit wirkt stets äußerst komisch, und Herr Puchmann darf den „Bastio“ als seine beste Leistung hinstellen.

Und wenn ich die herrliche Leistung des Herrn Rieger nicht erwähne, so geschieht dies nur, um gleich zu einer andern Oper übergehen zu können, die am nächsten Montag, den 10. d., zum Benefiz dieser trefflichen Sängerin und wackeren Regisseurs gegeben wird. Ich meine Flotow's neue Oper: „Die Großfürstin“.

Flotow's Kompositionen haben sich bei unserm Publikum eingebürgert; „Stradella“ und vorzugsweise „Martha“ sind Repertoire-Opern. Nach allen Berichten über „die Großfürstin“ reißt sich dieses neue Werk den haben genannten würdig an, und zeichnet sich noch ganz besonders durch das von Madame Birch-Pfeiffer gedichtete Textbuch aus. „Der Kritiker“, heißt es in der Vorrede, „macht, wie man weiß, nur zu leicht ein grämliches Gesicht, kann aber hier doch im Herzen nur ein heiteres machen, wenn er die Forderungen, welche die Schöpfer des Werkes an sich selbst stellten und welche Stufe sie damit einnehmen wollten, nicht eigenmächtig verändert. Es sollte ein Werk sein, das uns angenehm vor Augen und Ohr tritt, was heiter begreift, aber nicht darauf Anspruch macht, uns im Sinn höherer Bestrebungen zu reizen u. s. w. Die Verfasserin hat ihre theatralische Gewandtheit auch hier wieder betätigt und sich mit Geschick in die neue Gattung gefunden; sie hat fernische Effekte, manche pikante Situation, leicht und glücklich aneinander gereiht.“

Das die Oper bei uns vortrefflich ausgeführt werden wird, dafür bürgen uns die Namen von Fräulein Babnigg, Mad. Gundy, und der Herren Dietz, Rieger, Pravit, welche sämmtlich in der Oper beschäftigt sind. Kostüme und Decorationen sind neu und glänzend; von ganz besonderem Effekte soll der Escapallast im letzten Akte sein.

Das Publikum wird sicherlich nicht unterlassen, dieser Benefiz-Vorstellung eine recht zahlreiche Theilnahme zu schenken. M. R.

Breslau, 8. Februar. Die Wahl eines Kurators der Studenten-Krankenkasse hat an den drei letzten Tagen dieser Woche auf dem Sekretariate der Universität stattgefunden. Die Theilnahme der Studentenschaft war nicht stark; die meisten Stimmen hat Herr Professor Dr. Göppert erhalten. In einer der nächsten Senatssitzungen wird die Prüfung der Wahl-Listen und demnach die Bekanntmachung des Wahlergebnisses am schwarzen Brett erfolgen.

Breslau, 7. Febr. [Demobilmachung.] Die Verfügungen militärischer Pferde sehen sich großartig fort. Eine ziemlich Anzahl von Küfern strömten von nah und fern deshalb zusammen. Es hat den Anschein, als ob die Stadtbesatzung bei diesen Veräußerungen weder glänzenden Gewinn machen, noch schmerzliche Verluste erleiden würde. Ein Beamter kaufte heute und gestern für eine allerdings große schlesische Herrschaft allein 18 Artilleriepferde, und zahlte dafür zusammen 985 Rth., durchschnittlich mithin für das Stück 54—55 Rth. Kaum waren sie in einem Stalle untergebracht, als ein derselben den Besitzer mit einem Fohlen beschenkte. Man will mit Entschiedenheit behaupten, es sei mehr denn ein lazes Gerwe, das viele seiner militärischen Pferde durch vermittelnde Hand für scheinliche Zwecke gekauft würden. E. a. n. P.

Breslau, 8. Februar. [Politische Nachrichten.] In der beendigten Woche sind (eincl. 2 abgestorbener Kinder) von hiesigen Einwohnern gestorben: 43 männliche und 39 weibliche, zusammen 82 Personen. — Von diesen starben an Absehung 7, Altersschwäche 6, Blattern 1, Brustleiden 2, Krämpfe 1, Luftröhrenentzündung 1, Brustentzündung 1, Lungentzündung 2, Nervenleiden 1, Zehrsieber 4, Friesel 1, Sichel 1, Gehirnentzündung 1, Herzvergrößerung 3, Keuchhusten 1, Krämpfe 16, Krebschaden 1, Luftröhrenentzündung 2, Lebensschwäche 4, Lungenvereiterung 1, Magenentzündung 1, Scharlach 1, Schlagfluß 7, Gehirnentzündung 2, Lungenentzündung 6, Typhus 3, Trommelstich 1, Gehirnentzündung-Wasserstich 3, Bauchwasserstich 1, allgemeine Wasserstich 1. — Unter diesen starben in den öffentlichen Krankenanstalten und zwar: in dem allgemeinen Krankenhospital 12, in dem Hospital der barmherzigen Brüder 2 und in der Gefängnis-Krankenanstalt 1. — Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen: unter 1 Jahr 32, von 1—5 Jahren 11, von 5—10 Jahren 2, von 10—20 Jahren 3, von 20—30 Jahren 4, von 30—40 Jahren 5, von 40—50 Jahren 7, von 50—60 Jahren 6, von 60—70 Jahren 7, von 70—80 Jahren 3, von 80—90 Jahren 2.

P. Aus der Provinz, 7. Febr. [Freier Societät.] Das Circular der Provinzial-Landsknechts-Direction vom 17. Januar c. schreibt von den Associirten ein 2/3 faches Bes-

Provincial-Beitung. Sitzung des Gemeinde-Rathes am 6. Februar. Vorsitzender: Justizrath Graf. Anwesend 86 Mitglieder der Versammlung.

1. Zur Mittheilung kamen: der zehnte Rechenschaftsbericht über die Verwaltung der städtischen Jubiläums-Eröffnung; der Bau-Rapport für die Zeit vom 3. bis 8. Februar; die Zuschrift des Magistrats, betreffend eine neue Ausdehnung von Feuer-Societäten; Beiträge, in Höhe eines Betrages von einem Silbergroßen für jedes Hundert der Verleihenungsumme.

2. Magistrat hatte den Entwurf einer Petition an die Kammer, betreffend den von der Staatsregierung eingebrachten Gesetzentwurf über Einführung einer Klassen- und progressiven Einkommensteuer, mit dem Antrage sofortiger Beratung und Erklärung eingeleitet. Nach Anerkennung der Dringlichkeit der vorgetragenen, ohne Diskussion angenommen und mit vollognen. Sie enthält die Bitte, daß der Gesetzentwurf der zweiten Kammer über Einführung einer Klassen- und progressiven Einkommensteuer, unter gleichzeitiger Aufhebung der Mahl- und Schlichtsteuer als Staatssteuer, zur Ausführung gebracht werde, sofern eine allgemeine Einkommensteuer im ganzen Umfange der Monarchie nicht für zulässiger erachtet werden sollte, oder daß, im Falle die Annahme des qu. Gesetzentwurfes nicht erfolgen können, eine gleiche und gleichmäßige Besteuerung im Umfange der Monarchie dadurch herbeigeführt werde, daß nach den Vorschlägen in der Petition beigegebenen ausführlichen Denkschrift des Herrn Kammerer Dr. v. e. s., die Klassen- und progressiven Einkommensteuer, unter Wegfall der Mahl- und Schlichtsteuer als Staatssteuer, auch in den jetzt mahl- und schlichtsteuerpflichtigen Städten im Wege der jährlichen Veranlagung und Kontingenzierung zur Einführung und Erhebung komme.

3. Auf den Antrag der Bau- und Grundbesitzungs-Deputationen, Excitation der sogenannten Gaudium-Beihilfe hatten sich 7 Personen beworben, darunter waren drei, welche, unter Berufung auf ihre Unvermögen, die Vertheilung zum ermäßigten Kostenpreise nachsuchten. Die Anträge erhielten die Genehmigung.

4. Die in der heutigen Sitzung vollzogenen Wahlen sind: a) die Wahl eines unbefoldeten Stadtraths. Es waren 83 gültige Stimmzettel eingegangen. Ihre Eröffnung ergab, für den Gemeindevorordneten Herrn Philipp Hahn 45, für den Banquier Herrn M. Landberger 32, für den Kaufmann Herrn Ebdold 5 und für den Kaufmann Herrn Emanuel Hein 1 Stimme. Herr Philipp Hahn hatte sonach die absolute Majorität, derselbe erklärte sich zur Annahme der Wahl bereit;

b) die Wahl der Herren Gemeindevorordneten Aderholz, Meyer und Weigel zu Mitgliedern der städtischen Schul-Deputation. Hierbei richtete die Versammlung an den Magistrat das Gesuch, daß der jedesmalige Vorsitzende des Gemeinderathes wenigstens als beratend Mitglied zu den Sitzungen der Deputation zugezogen werden möge. Ein besonderer Antrag des Herrn Prof. K. n. n. e., die Veranlagung möge beschließen, dem § 56 der Gemeindeordnung gemäß, sämtliche Mitglieder der Schul-Deputation, welche nicht dem Magistrat angehören, einer Neuwahl zu unterwerfen, wurde der Verfassungskommission zur Prüfung und Begutachtung übertragen;

c) die Wahl der Mitglieder der städtischen Finanz-Deputation. Sie fiel auf die Herren Gemeindevorordneten Aderholz, Hübler 1, Graf, Krug, J. A. Frank, v. Goerz, E. Seimann, Hofmann, Graf Goyerden, Klock, Lewald, Ludwig, Wilde, U. G. L. Müller, S. Müller, Raveinstein, Ruffner, Rutzardt, G. A. Schneider, Voigt und Werdmann;

d) die Wahl der Mitglieder der Abgaben-Deputation. Gewählt sind die Herren: Agath, Kaufmann, Anwand, Mühlendörfer, Altwies, Fuhrwerksbesitzer, Friedrich Bedmann, Zühlmeier, Vogt, Kaufmann, Bormann, Rechnungsrath, Breitenburg, Schlossermeister, Burgardt, Gasthofbesitzer, Dehmel, Kaufmann, Simon Dyhrenfurth, Kaufmann, Eggers, Schulbuchverleger, v. Jaltenhausen, Oberst a. D., v. Francken, Oberstleutnant a. D., Gäbde, Partikular, C. G. Grüttner, Kaufmann, Grundmann, Kaufmann, Guder, Maurermeister, C. Hein, Kaufmann, Helm, Kaufmann, Graf Hendl, Gen.-Leut. a. D., Hupau, Pfefferkühler, Hübler, Kaufmann, Klippe, Kretschmer, Kuzias, Schneidermeister, M. Lands-

berger, Banquier, Lehmann, Fleischermeister, Lucas, Gasthofbesitzer, Martin, Brennerbesitzer, Martz, Gürtlermeister, Herz, Moraw, Zimmermeister, U. G. L. Müller, Kaufmann, Carl Neugebauer, Kaufmann, Oßig, Kaufmann, E. Reichenbach, Kaufm., Renner sen., Klempnermeister, Köbler, Bäckermeister, Kudoß, Eilermeister, Rutzardt, Buchbinder, Samols, Kaufmann, Schauer, Kantsch-Direktor, Schepke, Erbschlag, G. Schulder, Bäckermeister, U. E. Schmidt, Agent, Schneider, Gärtner, Schlichter, Kaufm., Schmalz, Schulbuchverleger, S. Somme, Kaufmann, Sier, Schneidermeister, Erad, Holzschleifermeister, Alr. Erstach, Kaufmann, R. Sturm, Kaufmann, Winkler, Schneidermeister, Dr. Wissowa, Gymnasial-Direktor, Woltersdorf, Kaufmann, Zimmer jun., Eisenfegermeister;

e) die Wahl der Mitglieder der Direction des Krankenhospitals zu Albersheim. Sie traf die Herren: Berend, Apotheker, Breitenburg, Schlossermeister, Dr. Davidsohn, praktischer Arzt, Franz, Buchbindermeister, v. Francken, Oberstleutnant a. D., Gähler, Apotheker, Dr. Gräber, praktischer Arzt, Grundmann, Kaufm., Hähne, Apotheker, Heibsch sen., Kaufmann, Lindner, Strampf, Fabrikant, Graf Malachuk, Hausbesitzer, Reidel, Stiefenmachermeister, Seidelmann, Schornsteinfegermeister, Siebig, Partikular, Dr. Spriniger, prakt. Arzt, Kaufmann, Partikular, Dr. Weidner, Hofrath, Graf, Rutzardt, Aderholz, Hübler.

Breslau, 8. Februar. [Theater.] Seit der Anwesenheit von Fräulein Babnigg an unserer Bühne ist „Rosine“ „Barbier von Sevilla“ Repertoire-Oper geblieben. Die Vorstellung dieser Oper bietet aber auch in der That so Vortreffliches, wie ich es fast von keiner anderen nachzurufen vermag, und diese einzig junge, lockende Musik wirkt daher immer mit erneuter Zauberwelt auf das Publikum.

Die gestrige Vorstellung hat einen neuen Beweis dafür geliefert. Eine „Rosine“ wie die von Fräulein Babnigg dürfte auf der deutschen Bühne schwerlich noch einmal zu finden sein. Das virtuose Element und das ächte Gold der Kunst verschmelzen sich hier zu einem unvergleichlich schönen, wunderbaren Ganzen. Als Gesangsvirtuosin leistet die Sängerin in dieser Partie Unglaubliches, und es ist nicht zu viel, wenn ich sage, daß Fräulein Babnigg in dieser Beziehung Alles anspricht, was ein Virtuoso auf der Violine vermag. — Als „Blanche“ in der Partie jener Leichtigkeit, Feinheit und Grazie, wodurch diese Musik, voll belebender Frische, erst zu ihrer wahrhaft künstlerischen Geltung gelangt. — Die Ausführung der Habeschen Variationen, welche Fräulein Babnigg gestern als Einlage am Klavier sang, gehört zu den seltenen Wundern technischer Gesangsvollendung.

Die Fassung des „Almaviva“ durch Herrn Götte war mir neu; der strebsame Sänger entledigte sich dieser schwierigen Aufgabe höchst ehrenhaft. Etwas mehr Frische und Leichtigkeit wird sich bei Wiederholungen wohl noch finden.

Der „Bartolo“ des Herrn Pravit wirkt stets äußerst komisch, und Herr Puchmann darf den „Bastio“ als seine beste Leistung hinstellen.

Und wenn ich die herrliche Leistung des Herrn Rieger nicht erwähne, so geschieht dies nur, um gleich zu einer andern Oper übergehen zu können, die am nächsten Montag, den 10. d., zum Benefiz dieser trefflichen Sängerin und wackeren Regisseurs gegeben wird. Ich meine Flotow's neue Oper: „Die Großfürstin“.

Flotow's Kompositionen haben sich bei unserm Publikum eingebürgert; „Stradella“ und vorzugsweise „Martha“ sind Repertoire-Opern. Nach allen Berichten über „die Großfürstin“ reißt sich dieses neue Werk den haben genannten würdig an, und zeichnet sich noch ganz besonders durch das von Madame Birch-Pfeiffer gedichtete Textbuch aus. „Der Kritiker“, heißt es in der Vorrede, „macht, wie man weiß, nur zu leicht ein grämliches Gesicht, kann aber hier doch im Herzen nur ein heiteres machen, wenn er die Forderungen, welche die Schöpfer des Werkes an sich selbst stellten und welche Stufe sie damit einnehmen wollten, nicht eigenmächtig verändert. Es sollte ein Werk sein, das uns angenehm vor Augen und Ohr tritt, was heiter begreift, aber nicht darauf Anspruch macht, uns im Sinn höherer Bestrebungen zu reizen u. s. w. Die Verfasserin hat ihre theatralische Gewandtheit auch hier wieder betätigt und sich mit Geschick in die neue Gattung gefunden; sie hat fernische Effekte, manche pikante Situation, leicht und glücklich aneinander gereiht.“

Das die Oper bei uns vortrefflich ausgeführt werden wird, dafür bürgen uns die Namen von Fräulein Babnigg, Mad. Gundy, und der Herren Dietz, Rieger, Pravit, welche sämmtlich in der Oper beschäftigt sind. Kostüme und Decorationen sind neu und glänzend; von ganz besonderem Effekte soll der Escapallast im letzten Akte sein.

Das Publikum wird sicherlich nicht unterlassen, dieser Benefiz-Vorstellung eine recht zahlreiche Theilnahme zu schenken. M. R.

Breslau, 8. Februar. Die Wahl eines Kurators der Studenten-Krankenkasse hat an den drei letzten Tagen dieser Woche auf dem Sekretariate der Universität stattgefunden. Die Theilnahme der Studentenschaft war nicht stark; die meisten Stimmen hat Herr Professor Dr. Göppert erhalten. In einer der nächsten Senatssitzungen wird die Prüfung der Wahl-Listen und demnach die Bekanntmachung des Wahlergebnisses am schwarzen Brett erfolgen.

Breslau, 7. Febr. [Demobilmachung.] Die Verfügungen militärischer Pferde sehen sich großartig fort. Eine ziemlich Anzahl von Küfern strömten von nah und fern deshalb zusammen. Es hat den Anschein, als ob die Stadtbesatzung bei diesen Veräußerungen weder glänzenden Gewinn machen, noch schmerzliche Verluste erleiden würde. Ein Beamter kaufte heute und gestern für eine allerdings große schlesische Herrschaft allein 18 Artilleriepferde, und zahlte dafür zusammen 985 Rth., durchschnittlich mithin für das Stück 54—55 Rth. Kaum waren sie in einem Stalle untergebracht, als ein derselben den Besitzer mit einem Fohlen beschenkte. Man will mit Entschiedenheit behaupten, es sei mehr denn ein lazes Gerwe, das viele seiner militärischen Pferde durch vermittelnde Hand für scheinliche Zwecke gekauft wurden. E. a. n. P.

Breslau, 8. Februar. [Politische Nachrichten.] In der beendigten Woche sind (eincl. 2 abgestorbener Kinder) von hiesigen Einwohnern gestorben: 43 männliche und 39 weibliche, zusammen 82 Personen. — Von diesen starben an Absehung 7, Altersschwäche 6, Blattern 1, Brustleiden 2, Krämpfe 1, Luftröhrenentzündung 1, Brustentzündung 1, Lungentzündung 2, Nervenleiden 1, Zehrsieber 4, Friesel 1, Sichel 1, Gehirnentzündung 1, Herzvergrößerung 3, Keuchhusten 1, Krämpfe 16, Krebschaden 1, Luftröhrenentzündung 2, Lebensschwäche 4, Lungenvereiterung 1, Magenentzündung 1, Scharlach 1, Schlagfluß 7, Gehirnentzündung 2, Lungenentzündung 6, Typhus 3, Trommelstich 1, Gehirnentzündung-Wasserstich 3, Bauchwasserstich 1, allgemeine Wasserstich 1. — Unter diesen starben in den öffentlichen Krankenanstalten und zwar: in dem allgemeinen Krankenhospital 12, in dem Hospital der barmherzigen Brüder 2 und in der Gefängnis-Krankenanstalt 1. — Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen: unter 1 Jahr 32, von 1—5 Jahren 11, von 5—10 Jahren 2, von 10—20 Jahren 3, von 20—30 Jahren 4, von 30—40 Jahren 5, von 40—50 Jahren 7, von 50—60 Jahren 6, von 60—70 Jahren 7, von 70—80 Jahren 3, von 80—90 Jahren 2.

P. Aus der Provinz, 7. Febr. [Freier Societät.] Das Circular der Provinzial-Landsknechts-Direction vom 17. Januar c. schreibt von den Associirten ein 2/3 faches Bes-

ragssimplum pro II. Quartal 1850 aus, von welchem Betrage außer den Verwaltungskosten Bonifikationen in Höhe von 145,796 Thalern zu bejahen sind.

Es kann nur erfreulich sein, daß die Beiträge, welche noch im I. Semester a. pr. 4 1/2 fache waren, so bedeutend heruntersinken, und wenn einzelne auch wenige Brände vorkamen, doch auch andererseits geglaubt werden kann, daß in der Verwaltung Vereinfachungen vorgenommen worden sind, daß die Taxatoren richtiger Ansichten in Anwendung brachten und daß endlich von Seiten der Ortsbehörden mit mehr Aufmerksamkeit zu Werke gegangen worden ist.

Leider haben Viele durch die in den letzten Jahren bis zum Schluß des Simplic gestiegenen Beiträge sich abschrecken lassen, länger bei der Societät zu bleiben, und sind zu kleineren Societäten, die sich hin und wieder gebildet haben, übergetreten, verlockt durch die bis jetzt bei denselben bedeutend niedrigeren Beiträge. Wenn dies Auscheiden aus der Societät bisher meistens bei Musikliebhabern stattfand, und sich, wie im Trebnitzer Kreis zu Schawoin, Musikal-Freier-Societäten bildeten, so ist nicht zu verwundern; die Musikanten lassen sich nur zu leicht durch einen augenblicklichen Vortheil verleiten und können sich nur schwer berechnen, wie schlimm es um solche Societäten stehen wird, wenn mehrere associirte Gemeinden in kurzer Zeit gänzlich wegbrennen sollten, was doch keineswegs zu den Unmöglichkeiten gehört. Wenn man aber sieht, daß selbst Dominiabesitzer die Bildung von Dominiab-Freier-Societäten, sei es für landwirthliche oder landeschaftliche Kreise, in Vorschlag bringen, so erstaunt man, daß Männer aus augenblicklichem Unmuth über zeitweise erhöhte Beiträge ihr eigenes Interesse so zu verkennen im Stande sind.

Daß das Reglement vom 6. Mai 1842 seine Mängel hat, ist freilich richtig und wird von den Beförden selbst nicht in Abrede gestellt, daß aber diesen Mängeln durch eine Zerstückelung der Kreise in kleine Societäten abgeholfen wird, muß entschieden bestritten werden; daß die Verwaltungskosten bedeutend sind, und sich bei diesen noch manche Ersparungen würden machen lassen, ist möglich, dieselben betragen aber bei einer Versicherungssumme von circa 50,000,000 Thalern im Durchschnitt aller Klassen nur 1/2 oder höchstens 3/4 Silbergroschen fürs Hundert der Versicherung, die etwaige Ersparung würde für den Einzelnen unbedeutend sein; auch vermehren sich die Verwaltungskosten selbstständig verhältnismäßig mit der Vermehrung der Versicherungen, während sie sich mit deren Vermehrung mindern.

Uebrigens aber sind nicht die Mängel des Reglements daran schuld, daß die Beiträge eine so bedeutende Höhe in den letzten Jahren erreichten, sondern es ist dies in andern Ursachen zu suchen und zwar:

- 1) darin, daß die Baukosten sich seit Begründung der Societät bedeutend verbessert haben, die Beförder natürlich höher verschichern mußten, die Gebäude aber ihre bessere Bauart wegen in niedrigeren Klassen kamen und im Fall eines Brandes die Bonifikation umso weniger im Verhältnis zu den gezahlten Beiträgen stand;
- 2) darin, daß in den letzten Jahren die politischen und sozialen Verhältnisse nicht gerade verbessernd auf die Volksmoral wirkten, die Brandstiftungen deswegen aber sich ungewöhnlich häuften;
- 3) endlich eben darin, daß durch die momentane Erhöhung der Beiträge sich so viel Associates abschrecken ließen, daß in Zeit von 4 Jahren die Versicherungssumme der Associates von 100 Millionen Thalern auf die Hälfte heruntersunken ist.

Alle 3 Ursachen vereint haben schädlich gewirkt; alle 3 Ursachen wirken aber in kleinen Societäten noch viel schädlicher. Es mag vielleicht ein Kreis eine Reihe von Jahren von Bränden verschont bleiben und es würden in diesen Jahren die Beiträge niedrig sein, aber es könnten dann wieder Jahre kommen, wo der Kreis durch Brandstiftungen, wie es schon vorgekommen ist, ganz besonders heimgesucht würde, und es müßten dann die Beiträge eine enorme Höhe erreichen, selbst dann, wenn in der vorhergegangenen Zeit ein Fonds gesammelt sein sollte; es würden die magern Jahre die fetten Jahre aufheben.

Weit besser läßt sich diesen Uebeln dadurch abhelfen, daß:

- 1) jeder Beförder von Gebäuden die Möglichkeit von Bränden durch bessere Bauart, feuerreichere Bedachung und möglichste Isolirung der Gebäude zu beschränken sucht,
- 2) sämtliche städtische Provinzen des Staates sich zu einer Societät vereinigen,
- 3) das Recht zum Eintritt in andere Societäten, sowie die Konzessionirung derselben beschränkt würde.

Der Hinblick auf England zeigt genug, daß jede Association desto Ersprißlicher leistet, je größer sie ist, und es würde sich dem, welchem dieser Hinblick noch nicht genügt, leicht durch Zahlen die Unsicherheit kleiner Associationen erweisen lassen.

P. Aus dem Trebnitzer Kreise, 7. Febr. [Fou-rage-Referenz.] Im hiesigen Kreis ist abermals eine Fou-rage-Referenz, die dritte für das Magazin zu Wittich, ausgeführt worden, die Posten an Roggen, Hafer, Heu und Stroh sind aber diesmal nicht von Bedeutung, so daß auch diese Lieferung wie die früheren beiden im Wege der Submission vergeben werden wird.

* Görlitz, 7. Febr. [Militärisches.] Infolge einer gestern hier eingegangenen Depeche wird die hier befindliche Kammer des 7. Jägerbataillons gepakt, um demnach nach dem frühesten Garnisonsorte Düsseldorf beordert zu werden. So dürfte auch bald der Abgang der hier vorhandenen Eskadron des 7. Jägerbataillons nach Düsseldorf erfolgen. — Eben so wird der Kammer des 5. Jägerbataillons aus Düsseldorf entgegengesetzt, so daß nun wohl an einem ferneren Hierbleiben des 5. Jägerbataillons als Garnison nicht mehr zu zweifeln sein dürfte. — Die gestern hier verauktionierten Landwehrkavalleriepferde sind größtentheils sehr gut, zum Theil höher bezahlt worden, als dies beim Aufkauf im vorigen November geschah. — Der Major des hiesigen Landwehrbataillons, v. Bieberstein, hat heute eine Menge Militärkleidungsstücke zur Bearbeitung vergeben, welche zur Kompletirung der Kammer für das 1. und 2. Aufgebot bestimmt sind. Für Letzteres ist jetzt ganz neue Equipierung vorhanden. Der Mangel derselben bei der Einziehung des 2. Aufgebots lag in dem nicht berechneten Umstande, daß die Leute des 2. Aufgebots bei höherem Alter auch stärker an Lebensumfang werden, weshalb ihnen die vorhandenen Uniformen nicht paßten und sie theilweise in ihren eigenen Kleidern gehen mußten.

* Reisse, 7. Febr. Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, nunmehriger Kommandeur der 11. Division, ist wieder in unsere Stadt zurückgekehrt. Es wird derselbe morgen einen großen Ball geben, zu welchem alle Offiziere der Garnison, so wie die Beamten, welche im Offiziersrange stehen, eingeladen sind.

Mannigfaltiges.

(New-York.) Der elektro-magnetische Telegraph tritt in ein neues Stadium ein, und Amerika ist es, das triumphirend „Hureka!“ ausrufen darf. So großartig als wissenschaftliche Erfindung der elektro-magnetische Telegraph schon war, und so werthvoll auch seine bisherigen Dienste waren, blieb seine Anwendbarkeit doch im Ganzen ziemlich beschränkt; er reichte nur für Staatszwecke und den Dienst der höheren Weltmächte aus, ohne zum eigentlichen Volksgute werden zu können, — und erst dadurch, daß eine geistige Erregung die große

Waste und ihre Interessen hebt und fördert, gewinnt sie für unser Jahrhundert, als socialer Gebeil, ihren höchsten Werth. Der Mangel beim Telegraphen lag bisher in der Langsamkeit der Operation. So schnell sich auch ein gegebenes Zeichen, eben als Blitzaufschlag, bis in die größte Entfernung fortpflanzt, war doch die Aufeinanderfolge der Zeichen keineswegs so schnell; auch war zur Mittheilung eine sehr große Anzahl nöthig. Die Mittheilung von 100 Wörtern erforderte 15 Minuten, und für Rückfrage wegen mißverständlicher Zeichen waren gewöhnlich noch 5 Minuten nöthig. Die Depechen häuften sich aber zu gewissen Tagesstunden. Wenn also nach dem Abschluß z. B. aus einer großen Hauptstadt nach der andern 36 Depechen in jeder Richtung ausgegeben wurden, so mußten die Beamten 24 Stunden ununterbrochen mit einem Drahte an deren Beförderung arbeiten, und die zuletzt an die Reihe kommende Mittheilung mußte 24 Stunden liegen bleiben, so daß in vielen Fällen ein Brief mit der Eisenbahn rascher ankam. Dieses Alles machte nicht nur die Benutzung des Telegraphen sehr kostspielig, sondern raubte den eigentlichen Vortheil desselben, nämlich die Sicherheit, daß eine Nachricht zur bestimmten Minute den bezielten Ort erreichte. Kurz, der Nutzen des Telegraphen blieb ein sehr beschränkter, so lange es nicht gelungen war, ein viel rascher wirkendes System als die successive Mittheilung einzelner Buchstaben zu erfinden. Diese Erfindung ist gemacht und zwar so vollständig, daß man im Stande ist, 20,000 Wörter in 10 Minuten zu telegraphiren, und zwar rein mechanisch, ohne Mitwirkung eines Beamten, ohne Nothwendigkeit der Decipherirung, ohne Möglichkeit eines Fehlers! Dieses Wunder ist bewirkt worden durch Verbindung des elektro-magnetischen Telegraphen mit der eben so wunderbaren Erfindung der Photographie, welche jetzt ihre wahre praktische Bedeutung erlangt, indem sie nicht bloß die Gesichter der Menschen in der Nähe, sondern ihre Gedanken aus weitaus weiter Ferne fixirt läßt. Es wird durch die neueste Erfindung die photograph. Abbildung eines Schriftstückes oder gedruckten Blattes in ungläublich kurzer Zeit durch den Telegraphen herbeigeführt. Das Verfahren ist einfach wie folgt: Um eine Walze wird ein, ähnlich wie zum Photographiren, chemisch präparirtes Papier gelegt, welches von der Spitze des Leitungsdrahtes berührt und durch den elektrischen Strom an dem Berührungspunkte augenblicklich schwarz gefärbt wird. Die Walze dreht sich und rückt mit jeder Umdrehung um den 50sten Theil eines Zolls vor, so daß ein Zeitungsbogen von 26 Zoll Breite in 1300 Umdrehungen ganz mit fein geschriebenen Linien auf einer Seite bedeckt wird. Bewirkt man nun Unterbrechungen des Stroms, so entstehen Lücken in den Linien, welche eine weiße Schrift auf schwarzem Grunde, wie man es bei Kupferstich häufig sieht, bilden. Um dieses zu erreichen, hat man am anderen Ende des Drahtes, also am Orte, von wo die Mittheilung ausgeht, eine ganz gleiche und gleich sich bewegende Walze. Auf diese legt man ein Papier, worauf die Depeche mit feinschriftlicher Schwärze geschrieben oder gedruckt ist. Die Spitze des Telegraphendrahtes ruht auf diesem Papier, während die Verbindung mit der Batterie an der Höhe der Walze angebracht ist, so daß der elektrische Strom durch das Papier durchgehen muß. Der Feinschreiber der Walze auf ein Schriftzeichen trifft. Am Bestimmungsorte entstehen die photographirten Schriftzeichen nicht seltenweise, wie sie geschrieben oder gedruckt werden, sondern es wachsen förmliche Zellen einer Seite gleichmäßig durch das Vorrücken der vertikalen feinen Striche. Bei einer Umdrehungsgeschwindigkeit von 6 Fuß in der Sekunde kam man in der Minute 86 Quadratzoll Papierfläche oder die Seite eines mäßigen Briefbogens mit telegraphirter Schrift bedecken. Man kann auch Zeichnungen, Situationspläne u. s. w. telegraphiren. Denkt man sich aber, daß geübte Telegraphen die Worte eines großen Redners mit der Feinschärfe aufzeichnen, während Andere die Blätter auf die Walzen der im Sitzungssaal befindlichen Telegraphen schlagen, so wäre es ein Leichtes, daß die Rede in allen Theilen des Landes gleichzeitig vernommen würde! Was alles für Folgen aus dieser Vollkommenheit entstehen dürften in politischer und sozialer Hinsicht, lassen wir unerörtert. Aber eine unaussprechliche unmittelbare Folge ist die, daß die Erziehung von Telegraphenlinien im größten Maßstabe zum Dienst des Publikums ein weites und ergiebige Feld für Aktien-Unternehmungen bieten muß. Indem jeder Draht mit viel weniger Bedeutung bei der neuen Erfindung bis auf das Zweihundertfache von dem letzten kam, was er bisher leistete, wird der Gebrauch der telegraphischen Mittheilung bei der entsprechenden Vervollständigung in kaum zu berechnendem Maße zunehmen. Auch rückt man hiermit immer näher dem schon mehrfach aufgestellten Ziele der Herstellung einer telegraphischen Verbindung zwischen den Geschäftslokalen und Privathäusern einer und derselben Stadt, was, so selbstst. auch klingen mag, doch nicht schwieriger oder kostspieliger als die jetzt allgemeine Verjüngung derselben mit Telegraphen sein dürfte. Wir machen diese ausführliche Mittheilung, damit auch die Männer der Wissenschaft und Tact in Deutschland sich des Gegenstandes so gut wie die untrüglichen und die Engländer benachthigten und an der Vervollständigung und Ausübung der großen Aufgabe mitarbeiten. In England ist man schon stark mit der Sache in wissenschaftlichen Kreisen beschäftigt. (W. 3.)

— Barnum, jener Amerikaner, welcher Jenny Lind in seinem Vaterlande unternahm, gilt für den größten Puff-Meister, den energischsten und nie verlegenen Speculanten, der deshalb auch von seinen Landesleuten als eine Art Wunder angefaßt wird. Er hat, nur in den letzten Jahren, nacheinander folgende Wertwürdigkeiten in der Welt gezeigt: einen außerordentlichen Fisch, einen Quater-Riesen, eine Riesin dazu, welche den Riesen auf seine Veranlassung heirathete, eine alte Regerin, Ummen oder Bäckerin des General Washington, aus dessen Jugend sie dem Publikum Anekdoten erzählte, den Zwerg Tom Thumb, Jenny Lind, eine vornehme chinesische Familie und einen Negler, der ein Verfahrn erfunden hat, seine schwarze Haut weiß zu waschen. Da ein Mann wie Barnum die gegenwärtige amerikanische Kunstreise der Jenny Lind leitete, so kann man sich leicht denken, daß er auch durch die Presse in seinem Interesse wirken und Resultate ausposaunen läßt, von denen sich bereits herausgestellt hat, daß sie auf tollstoller Uebertreibung beruhen und zu den in Amerika gewöhnlichen Puffs gezählt werden müssen.

(Berlin, 7. Febr.) Eine geistreiche Landmännin, die Gattin eines der angesehenen Banquiers in Paris, hat so eben im Verlage von Wih. Herz (Bessere Buchhandlung) „Erinnerungen aus Paris. 1817—1848“ erscheinen lassen. Diese Erinnerungen umfassen gerade denjenigen Zeitraum der Geschichte der pariser Gesellschaft, welcher für die Gegenwart als der unterhalbendliche und lehrreiche gelten darf. Kaum bleibt eine einzige der in diesen 30 Jahren hervorgetretenen Persönlichkeiten unerwähnt. Die Verfasserin, in deren gastreichem Hause in Paris sich ein Kreis der bedeutendsten Männer zu sammeln pflegte, leitete seit 1848 in Berlin. Ihre „Erinnerungen“ werden vornehmlich den Deutschen, die in Paris das Glück hatten, dem häuslichen und Gesellschaftskreise der Verfasserin nahe zu stehen, eine willkommene Gabe sein. (C. B.)

(Der Warschauer Hof.) Wer den Fürsten Paskiewicz vor etwa 10 Jahren gesehen, würde Mühe haben, ihn wieder zu erkennen; er ist gealtert, sein spärliches Haar gebleicht, das sonst so glänzende Auge blickt trübe; Gesicht und Stimm sind fahlg geworden und von männlicher Kraft ist wenig mehr zu erblicken. Sind's die Siege in Ungarn, in Polen, oder war's die Furcht vor jener Ungnade, von der die Besucher des Palastes vor einigen Jahren so viel erzählten? Aber ein Zug von Gutmüthigkeit und Menschenfreundlichkeit ist im Gesicht geblieben, welcher die Physiognomie des Fürsten zu einer durchaus unruhmlichen macht. Er ist auch weniger Russ, als Alle, die ihn umkreisen. Von der Suffiance und Indolenz, welche auch die gebildeten Russen in unbewachten Augenblicken widerlich macht, ist bei ihm keine Spur. Natürlich ist der Fürst der Mittelpunkt aller politischen und russischen Klatschereien, und daß er alt geworden ist, hat den Warschauer viel Stoff zu scandalösen Geschichten genommen, denn sein wechselndes Interesse für die Damen Schönheiten der Warschau's war ewiger Gegenstand der Unterhaltung wie der Speculation. Auch hiezu zeichnete sich der Fürst bei brutaler und sittenloser Umgebung durch Delikatessen aus. Der schönste Stern an seinem Hofe ist untergegangen. So lange die Fürstin Jablonowski lebte, war der Hof von Warschau jung und unternehmend wie sein Fürst; seit die schöne Polin im Grabe liegt, ist es farblos geworden und gemeiner als am russischen Hofe. Lange lebte Fürst Paskiewicz wie ein lediger Mann, getrennt von den Seinigen. Seit etlichen Jahren dagegen hat er seine Kinder um sich und auch die Gemahlin des Fürstin weit öfter im Schloß. An seiner Tafel sieht man nur noch einzelne respectable Damen und an seinem Spielstisch in der Regel gar keine mehr. Man spielt bei dem Statthalter hoch, fast höher, als es sich für hohe Herren scheid, und nach Zug und Recht müßten Durchlaucht und seine Spielgefährten bisweilen von den Polizeibehörden aufgehoben werden. Die Verluste und Gewinne steigen an manchen Abenden wohl auf 50 bis 100,000 Gulden und Paskiewicz ist gewöhnlich nicht der, welcher sich des Gewinnes zu rühmen hat. — Der Fürst ist jetzt jugendlich. Früher trat er denen, die seine Gemächer betreten, ziemlich schroff gegenüber, jetzt hört und spricht er leichter und gefälliger. Den Polen aber zeigt er sich noch immer sehr fremd, ja fremder als sonst. Polnische

Witzschiffe weist er oft zurück, mit dem Bescheide, man möge sich in russischer, französischer oder deutscher Sprache an ihn wenden. Nur einigen Auswärtigen polnischer Geburt, z. B. dem Fürsten Jablonowski, dem Grafen Franz Potocki gesteht er Ausnahmen zu; er betrachtet sie mehr als Russen denn als Polen. Und in der That haben sich diese Familien der russischen Herrschaft oft sehr genügt erwiesen. An der Spitze der Konföderation, welche Polen den letzten Stoß gab, standen die Potocki's, und der Angehör der großen Verschönerung des Krays Janowski im J. 1825 war ein Jablonowski. (Grenz.)

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 8. Februar. [Wochenbericht.] Unser Getreidemarkt blieb ziemlich unverändert die ganze Woche hindurch. Es räumte sich alles, was zum Markte gebracht wurde zu den stabilen Preisen, obgleich von auswärtig alljährlich flau und entmutigende Berichte eingingen; erst heute, wo die Zufuhren von Weizen reichlicher wurden, schienen Käufer zurückhaltender zu werden und zahlten niedrigeren Preise; demnach galt weißer Weizen 43—55 Sgr., gelber Weizen 47—53 Sgr. Roggen wird nur zum Konsum genommen, die geringen Differenzen genügen vollkommen zum Bedarf, und dabei ist der Abzug schleppend zu nennen, es wird für geringe Waare 37 1/2—39 Sgr. für mittel 39 1/2—40 1/2 Sgr. und für feine 41—42 Sgr. bezahlt. Gerste findet sehr guten Abzug, alles das, was in guter Waare an den Markt kommt, findet namentlich zur Konsumtion Nehmer. Es zeigen sich nun viele Käufer aus dem Großherzogthum Polen, von Niederschlesien und aus der Mark viele Kleinhändler, daher wird auch ferner auf gute Verträge rechnen dürfen, am besten sind die vorzüglichsten Qualitäten, welche 1—1 1/2 Sgr. pro Scheffel über Nothz bedingen, heute galt mittel Waare 26—28 Sgr. und gute 28 1/2—30 Sgr. Daher blieb die ganze Woche hindurch matt, es zeigen sich wohl einzelne Käufer, jedoch nur dann, wenn sie zu billigen Preisen ankommen können; bezahlt wurde heute 22—24 Sgr. Roggenbienen frühling bald mehr in Frage kommen, bis jetzt bewilligt man bei kleinen Differenzen 35—45 Sgr.

Deliaaten blieben trotz des geringen Angebots vernachlässigt, es würde bedingen Raps 81—84 Sgr. und Sommer-Rüben 62—66 Sgr. Feinfaul würde in den besseren Qualitäten sehr Käufer finden, es wird aber davon sehr wenig angeboten; man bezahlte heute 50 bis 60 Sgr. pro Scheffel.

Kleeheu blieb in dieser Woche anhaltend gut, wenn es auch manchen Tag ein wenig flau wurde, so besserte es sich wieder den andern Tag, selbst mit Gattungen rothe, die nicht allgemein beliebt, finden jedoch ihre Käufer zu etwas ermäßigten Preisen. Weiße Saat ist besonders sehr beliebt, so daß alles, was zum Markte kommt, rasch vergriffen wird, wenn nämlich Inhaber nicht übermäßige Preise fordern. Man bezahlte für weiße Saat 5—12 1/2 Sgr., und für rothe 7 1/2—12 1/2 Sgr. Es gehen schon jetzt mehrere Aufträge aus den Nachbarprovinzen ein, wodurch wir wohl noch einige Zeit ein lebhaftes Geschäft darin haben werden.

Spiritus ging in diesen Tagen bis auf 6 1/2 Thlr. zurück, seitdem haben sich die Preise gehoben, weil die oberirdischen Zufuhren merklich nachgelassen; man bezahlte heute 6 1/2 Thlr., und es blieb ferner Geld dafür. Auf Feinerung wurde nichts gehandelt.

Rübel macht sich nun, in Folge der flauen auswärtigen Berichte, auch hier sehr matt; auf 1 1/2 Thlr. und wohl 1 Thlr. ist willig anzukommen, es wird jedoch nur das Nöthigste gefaßt.

In Zink ging Einiges in dieser Woche um, man bezahlte für loco Waare 4 Thlr. 14 Sgr. und ab Gleiwitz 4 Thlr. 8 Sgr. bis 4 Thlr. 8 1/2 Sgr.

Breslau, 8. Febr. [Wochenbericht.] Seit unserem jüngsten Berichte hatten wir es wieder sehr lebhaft im Wollgeschäfte und sind circa 1000 Ctr. aus dem Markte genommen worden. Man zahlte für schlesische Einfaul von 70—90 Thlr., für dergleichen Elftorawolle bis nahe an 100 Thlr., für polnische Einfaul von 55—63 Thlr., für russische von 52—55 Thlr., für Gerber- und Schweißwollen von 48 bis 54 Thlr., für Loden von 43—50 und für gebündelte Sterblinge von 55—66 Thlr. Der lebhafteste Verkehr ist nur in den billigen Preisen begründet und mit sehr geringer Ausnahme wurde fast jede Post mit bedeutendem Verluste verkauft. (Br. Hbl.-Bl.)

Berlin, 7. Febr. In der letzten Woche war der Getreidehandel in England etwas lebhafter. Es zeigte sich Lust zum Kaufen, und auf mehreren Provinzialmärkten hoben sich die Preise. Eine große Flotte, die mit Weizen aus dem Schwarzen und Mitteländischen Meere kam, landete an der südlichen Küste Englands; die ersten zum Verkauf ausgebotenen Ladungen wurden um 2 bis 3 Schilling per Quarter niedriger losgeschlagen; durch die später gelieferten wurde dieser Anfall gänzlich gedeckt; und obgleich eine sehr bedeutende Masse Getreide von Müllern und Bäckern eingeschichtet wurde, haben sich doch die Preise auf den Hauptmärkten sehr gut gehalten. Englischer Weizen kommt noch immer in den schlechtesten Qualitäten auf die Märkte. Aus Amerika kam keine Zufuhr; auch ist französisches Weizen nicht eingebracht worden. Die französischen, belgischen und holländischen Märkte sind ganz leblos. Aus allen Gegenden Europa's vernimmt man Klagen über die nasse und warme Temperatur; unter diesen Umständen wird das Aufbewahren des Getreides in Speichern sehr erschwert. Die Vegetation, die sich zu frühzeitig entwickelt, verpricht eine schlechte Ernte. (C. C.)

Monats-Übersicht der preussischen Bank, gemäß § 99 der Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846.

A k t i v a	
1) Geprägtes Geld und Barren	12,860,700 Rthlr.
2) Kassen-Anweisungen und Darlehns-Kassen-Scheine	2,949,300 "
3) Wechsel-Bestände	10,730,100 "
4) Lombard-Bestände	11,051,900 "
5) Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	19,831,100 "
P a s s i v a	
6) Banknoten im Umlauf	17,660,500 "
7) Depositen-Kapitalien	24,015,200 "
8) Guthaben der Staatskassen, Institute und Privat-Verjonen, mit Einschluß des Giro-Verkehrs	2,079,900 "

Berlin, den 31. Januar 1851.
Königl. preuss. Haupt-Bank-Direktorium.
(gez.) von Kampradt. Witt. Reichensbach. Meyen. Schmidt. Woywod.

Wien, 7. Februar. Die Unterhandlungen wegen Uebertragung der Danuburger Eisenbahn in Staatsbesitz, sind bereits so weit gediehen, daß für eine Aktie von 200 fl. eine 4-prozentige Staatsguthabensanleihe von 150 fl. umgetauscht werden soll. Dies bezieht sich auf kurze von 75. Diese 4-prozentigen Metallanleihe sollen nach einer ziemlich gleichmäßigen Eintheilung innerhalb 20 Jahren all par eingelöst werden. Der Abbruch der Verhandlungen verdrößt sich deshalb, weil die Direktion der Danuburger Bahn eine Zinsenverabreichung für die letzten ungetriebenen drei Jahre verlangt, worauf die Regierung noch nicht eingegangen ist eingegangen.

Die Fürst, daß die englischen Wollmaschinenfabrikate, durch Herabsetzung des Zolles, die österreichischen Märkte überfluthen werden, findet neuerdings Nahrung, da mehrere Engländer sich wegen des Zoll-Kongresses hier befinden, um in britischen Interessen jede Position des Zolls zu erwägen und mit ihrer Speculation den möglichsten Nutzen davon zu ziehen.

Nieder-schlesisch-Märkische Eisenbahn. Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche v. 26. Jan. bis 1. Februar d. J. 12043 Personen und 29793 Rthl. 7 Sgr. 7 Pf. Gesamt-Einnahme für Personen, Güter, und Viehtransport etc., vorbedachtlich späterer Beschäftigung durch die Haupt-Kontrolle.

Inserate.

Das biblische Christenthum. Drei Vorträge für den evangelischen Verein von J. G. Hoffmann. Breslau, im Kommissions-Verlage bei Grub, Barth u. Comp. 1851. 8.
Der Verfasser bietet hier nicht etwa nutzlose Phantasien, sondern Beobachtungen und Erfahrungen aus dem Leben geschöpft, und jeder, der ohne Vorurtheil diese inhaltreichen Vorträge liest, wird von der Wahrheit derselben sich überzeugen; daß es nämlich keinen andern Grund gibt, auf dem allein unser ertüchteltes gesellschaftliches Verhältniß neu aufgebaut werden können, und daß auch keine andern Mittel und Wege dazu dienen, als die von Verf. aus der heil. Schrift angegebenen, wie er so klar und einfach nachweist. Wer ein Herz für die Armen und das Elend der Menschen in der Brust trägt, und nicht mit einem vornehmlichen Aufschneiden sich „leider“ auspricht, sondern rüthig seine Hand an den gegenwärtigen Zustand zu legen, der Verf. im Stillen Dank wissen, Werk zu leisten, und sich dabei zu haben; der alle Wohlgefühle, einen gegenwärtigen Menschen aufzufordern, um dem Verberben und Elende nicht bloß bei sich selbst, sondern auch im weitern Kreise zu feuern; der nicht nicht verläumt, auch andere Schriftsteller derselben Verf. nachzuweisen, um die Uatur, in die wir so vielfältig hineingerathen sind, zu sehen, um die Uatur, in die wir so vielfältig wieder herzuversetzen. Nicht erkennen und das natürliche wahre Verhältniß wieder herzustellen. Nicht Priesterweisheit und Zurechtfindung, nicht Bonaparte und Zuchthäuser, sondern das lautere Wort Gottes, das uns den Weg zum wahren Frieden zeigt, kann und wird uns helfen; das ist das A und D des Verfassers. —

Gemeindevorordneten-Wahlen.

Für nachbenannte Bezirke müssen Erbkawahlen abgehalten werden, zu welchen die in den festgestellten Listen verzeichneten Wähler der bezüglichen Bezirke zu den nachstehenden Terminen hierdurch eingeladen werden.

Es hat nämlich noch zu wählen:
In der III. Abtheilung:
Montag den 24. Februar d. J. Nachmittag von 3—5 Uhr der 23. Wahlbezirk
einen Gemeindevorordneten statt des Kaufmanns F. J. Flatau.
Lokal: Friedrichs-Gymnasium.
Vorsitzender: Stadtrath Dr. Friedenthal.
Der 32. Wahlbezirk
einen Gemeindevorordneten statt des Stadtraths Seidel.
Lokal: Elementarschule, Klosterstraße Nr. 77.
Vorsitzender: Stadtrath Seidel.

In der II. Abtheilung:
Montag den 24. Februar d. J. Nachmittag von 3—5 Uhr der 7. Wahlbezirk
einen Gemeindevorordneten statt des Partikuliers Philipp Hapn.
Lokal: Loge Forum (im Ständehaus).
Vorsitzender: Stadtrath Pulvermacher.

In der I. Abtheilung:
Montag den 21. Februar d. J. Vormittag von 10—1 Uhr und Nachmittag von 3—5 Uhr statt des Stadtraths Gerlach, des Stadtraths Heymann und des Rechtsanwalts Plathner drei Gemeindevorordnete.
Lokal: Fürstensäal auf dem Rathhause.
Vorsitzender: Bürgermeister Bartsch.
Breslau, den 7. Februar 1851.
Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Bekanntmachung.

Es sind die Brandschäden vom 15. Juli 1849 bei dem Hause Gartenstr. Nr. 21 auf	Rthl.	Sgr.	Pf.
1849 bei dem Hause Gartenstr. Nr. 21 auf	8940	21	4
vom 19. Juli desselben Jahres bei dem Hause Klosterstraße Nr. 62 auf	9	21	—
vom 22. August desselben Jahres bei dem Hause Bischofsstraße Nr. 15 auf	92	19	11
vom 21. Oktober desselben Jahres bei dem Hause Dorwerkstraße Nr. 16	1	13	—
vom 13. Dezember desselben Jahres bei dem Hause Klosterstraße Nr. 60 auf	2385	15	3
vom 21. Januar vor. J. bei dem Hause Schuhbrücke Nr. 42 auf	21	10	—
vom 22. Februar v. J. bei dem Hause Kleins-Klosterstraße Nr. 2 auf	1926	2	9
vom 2. März v. J. bei dem Hause Neuweltgasse Nr. 36 auf	10	—	—
vom 25. April v. J. bei dem Hause Klosterstraße Nr. 56 auf	4	—	—
vom 4. Juli v. J. bei dem Hause Schweidnitzerstraße Nr. 10 auf	6	—	—
dieselbst Nr. 11 auf	672	28	9
dieselbst Nr. 12 auf	7	—	—
Karlstraße Nr. 48 auf	18	—	—
dieselbst Nr. 49 auf	1	—	—
vom 1. September v. J. bei dem Hause Rosentalerstraße Nr. 15 auf	72	13	—
vom 8. September v. J. bei dem Hause Wassergasse Nr. 13 auf	5	6	—
dieselbst Nr. 14/15 auf	51	7	3
vom 14. September v. J. bei dem Hause Strenngasse Nr. 2 auf	26	6	—
vom 1. Oktober v. J. bei dem Hause Mathiasstraße Nr. 85 auf	52	14	1
dieselbst Nr. 86 auf	1155	1	—
vom 7. Dezember vor. J. bei dem Hause Kegerberg Nr. 17 auf	2	—	—
dieselbst Nr. 18 auf	1263	12	6
dieselbst Nr. 19 auf	30	28	—
Graben Nr. 29 auf	4	—	—

Zusammen auf 16,159 10 4 abgeschätzt worden. Wir haben daher den Beitrag zur Vergütung dieser Versicherung auf einen Silbergroschen von jedem Hundert der Versicherungssumme festgesetzt. Die Gesamt-Versicherungssumme bei der hiesigen städtischen Feuer-Societät beläuft sich auf 33,670,995 Rthl. und es ist die Einzahlung der festgesetzten Beiträge im April dieses Jahres zu leisten.
Breslau, den 14. Januar 1851.
Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Provinzial-Viehschau.

Während des diesjährigen Frühlingssmarktes wird wieder ein Provinzial-Viehschau fest veranstaltet werden. Es wird damit eine Ausstellung von Ackergeräthen und landwirthschaftlichen Erzeugnissen, ein Ankauf und eine Verlosung von Thieren und landwirthschaftlichen Geräthen verbunden sein. Dies zur vorläufigen Nachricht; das Nähere wird durch ein später ausgegebenes Programm bekannt gemacht werden.
Breslau, am 8. Februar 1851.
Der schlesisch-landwirthschaftliche Centralverein.

Bekanntmachung.

Alle diejenigen, welche bei dem hiesigen Stadt-Leihamte Pfänder verlegt und die rückständigen Zinsen von den Pfand-Kapitalien innerhalb acht Monaten noch nicht berichtigt haben, werden hierdurch aufgefordert, entweder ihre Pfänder binnen vier Wochen a dato durch Verzichtung des Pfand-Schillings und der Zinsen einzulösen, oder sich über den weiter zu bewilligenden Kredit mit dem Leihamte zu einigen, widrigenfalls die betreffenden Pfänder durch Auktion verkauft werden sollen.
Breslau, den 7. Februar 1851.
Das Stadt-Leihamt.

Der evangelische Verein.

versammelt sich Dienstag den 11. Februar, Abends 7 Uhr, im Eilsobetan. Fragen und Anträge.
Montag den 10. Februar, Abends 7 Uhr, Versammlung der konstitutionellen Bürger-Ressource im Weisgarten: Besprechung über innere Angelegenheiten.

Städtische Ressource.

Das Konzert, welches wegen des Carneval-Balles laut Konzert-Programm am 11. Februar ausfallen sollte, wird an diesem Tage dennoch stattfinden, weil der Ball aufgehoben und auf ein späteres Datum dieses Monats, welches durch die Zeitungen noch näher bekannt gemacht werden soll, verlegt ist. Der Vorstand.
Unser Urtheil über die von den Herren Hof-Optikern Serraus aus Berlin gefertigten Instrumente geht dahin, daß dieselben jeden der Behandlung mit Augenkrankheiten vertrauten Arzt befriedigen müssen, da sie Solidität mit einer bisher selten zu treffenden Zweckmäßigkeit verbinden. Unterzeichnete können die erprobten Götter gegen Kollegen zur Anwendung bei den betreffenden Augenleiden mit gutem Gewissen empfehlen.
Dr. Benedikt der Ältere.
Dr. Benedikt jun.,
Sekundärarzt an der chirurgischen ophthalmiatrieischen Poliklinik.
Dr. S. Lange, Sekundärarzt an der chirurg. u. ophthalmiatrieischen Klinik zu Breslau.

